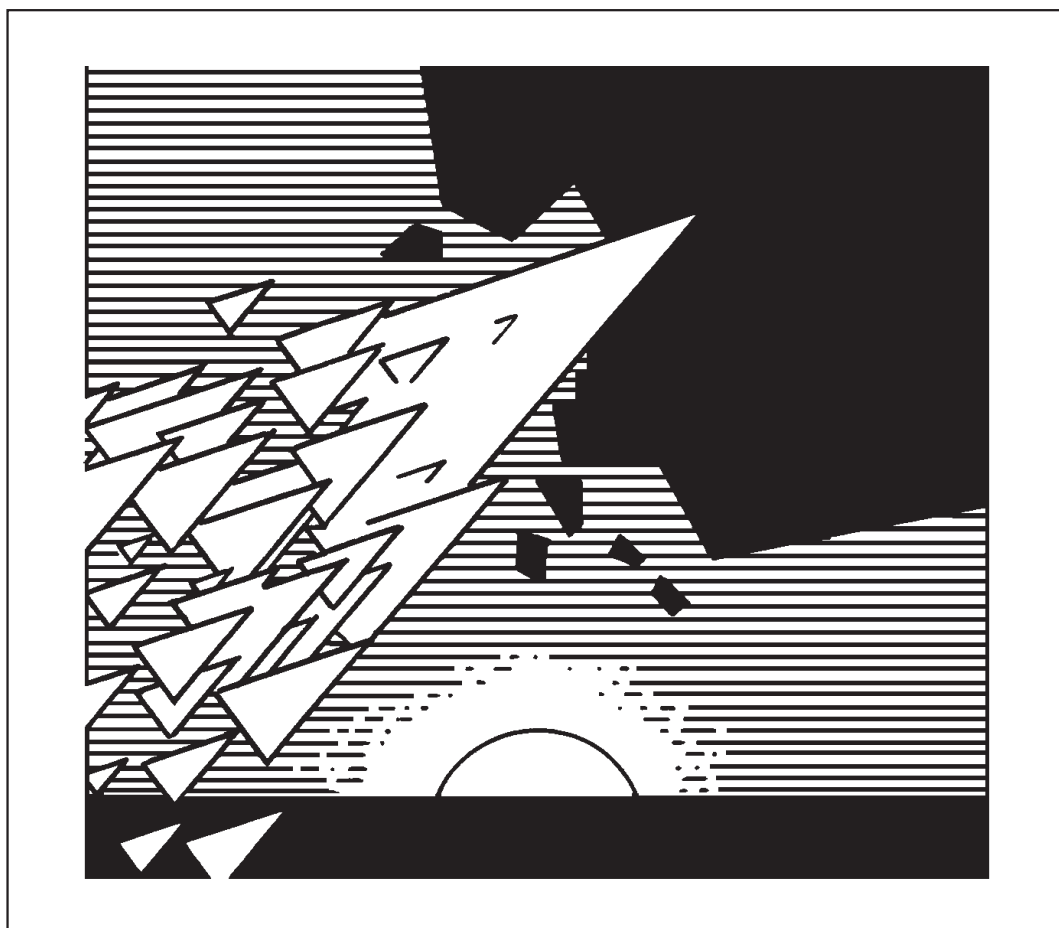


14. isw-forum

Wie den Neoliberalismus überwinden

Beiträge des 14. isw-forums von Harald Werner, Jürgen Leibiger,
Detlef Hensche, Leo Mayer, Helmut Ruge, Conrad Schuhler



Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW _____ **REPORT_NR.67**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-report 67, September 2006

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion: Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout: Monika Ziehaus

Titelblattgrafik: Bernd Bücking

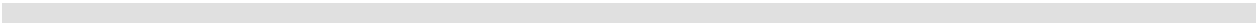
Schutzgebühr: 3,00 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Harald Werner Alternativen im Kapitalismus? Sozialistische Transformation? Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik heute	3
Jürgen Leibiger Marx oder Keynes – oder beide?	8
Detlef Hensche Soziale und politische Träger der alternativen Reformbewegung	14
Leo Mayer Nationale Reformen im globalen Kapitalismus	19
Helmut Ruge Helden des Neoliberalismus – satirische Einwürfe	24
Conrad Schuhler Den Neoliberalismus überwinden – Fragen, Antworten, Fragen	27



Harald Werner

Alternativen im Kapitalismus? Sozialistische Transformation?

Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik heute

Dass der Kapitalismus alternative Entwicklungen, ja radikale Umbrüche zulässt, kann eigentlich nicht in Frage stehen, weil es sich bei dieser Gesellschaft von Anfang an um eine wahrhaft revolutionäre Formation handelte, die in atemberaubender Geschwindigkeit Alternativen zum Bestehenden hervorbringt. In keiner Etappe der Menschheitsgeschichte wurden die Produktivkräfte und die Lebensweise der Menschen so radikal umgewälzt, als in der gleichzeitig ausgesprochen kurzen Geschichte des Kapitalismus. Aber die Überschrift geht weiter und fragt eigentlich: Sind die sich im Kapitalismus durchsetzenden oder durchsetzbaren Alternativen bereits Momente einer sozialistischen Transformation?

Vor zwanzig Jahren hätte ich diese Frage noch ohne große Überlegung bejaht, weil es zur Grundüberzeugung von Marxistinnen und Marxisten gehörte, dass die kapitalistische Entwicklung gemeinsam mit ständig effizienteren Produktivkräften auch eine Produktionsweise hervorbringt, die über den Kapitalismus hinausweist. Eine Produktionsweise, die Marx bereits in den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie voraussagte und die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verwirklichen schien. Marx schreibt:

"In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden."

(Grundrisse, Berlin 1953, S. 592-593)

Und weiter schreibt er, dass auch diese Agentien, also die Maschinerie

"... in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion."

"In dieser Umwandlung", so Marx "ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eigenen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individu-

ums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie geschaffne."

Ich stelle dieses Zitat aus drei Gründen an den Anfang meiner Ausführungen.

Erstens weil es eindeutig klar macht, wo der reale Ansatzpunkt für kapitalistische Alternativen zu suchen ist, die über ihn selbst hinausweisen, nämlich in der wachsenden Bedeutung eines entwickelten Gesellschaftskörpers und der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums.

Zweitens aber auch, weil Marx seine geniale Analyse mit einer äußerst optimistischen Prognose verbunden hat, die zu einer ganzen Reihe fataler Schlussfolgerungen Anlass gab. Marx prophezeite nämlich überschwänglich:

"Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts. ... Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen."

Die eine fatale Schlussfolgerung war, dass sich der Kapitalismus scheinbar, der von Marx beschriebenen Logik folgend, gesetzmäßig zum Sozialismus wandeln werde. Die Anhänger einer zweiten denkbaren Schlussfolgerung glaubten Wort wörtlich, dass die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammenbrechen werde, weil der Kapitalismus zu dieser Revolution der Produktivkräfte unfähig sei.

Beide Schlussfolgerungen, das können wir heute, nach dem Ende der fordistischen Regulierung und nach gut zwei Jahrzehnten neoliberaler Entwicklung sagen, haben sich als Irrtum erwiesen.

Vom Fordismus und Sozialstaat ...

Nachdem sich nämlich die Zusammenbruchstheorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht bestätigte, schien sich mit dem Fordismus eine kapitalistische Entwicklungsform herauszubilden, die mehr und mehr die Züge eines geordneten Kapitalismus annahm und einen allmählichen Übergang zum So-

zialismus zu ermöglichen schien. Dem Fordismus war es auf der Grundlage von Massenproduktion und Massenkonsum gelungen, eine Regulationsweise zu schaffen, die sämtliche Sphären der Gesellschaft der Kapitalakkumulation unterordnete und sowohl eine maximale Ausbeutung, als auch eine ungeahnte Entwicklung der gesellschaftlichen Schöpferkraft ermöglichte.

Diese "*innere Landnahme des Kapitalismus*" verband sich mit einer Umwälzung des gesamten Reproduktionsprozesses. Das Kapital beschränkte sich nicht mehr auf die erweiterte Reproduktion seiner materiellen Produktionsmittel, sondern begann in funktionaler Verbindung mit dem Staat die gesamte gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Die Massenproduktion ebenso zu planen wie den Massenkonsum, nicht mehr nur die Reproduktion der ihm untergeordneten Arbeit zu unterstützen, sondern auch die Reproduktion des sozialen Gemeinwesens zu sichern. Seine fortgeschrittensten Teile und intellektuellen Vordenker erkannten, wie wichtig es war, die Produktivität der gesamten Gesellschaft zu erhöhen, die gesellschaftliche Entwicklung wissenschaftlich zu lenken und die zerstörerische Wirkung großer Krisen zu begrenzen.

Kurz gesagt, es wurde alles unternommen, um das bei Marx beschriebene "*Dasein als Gesellschaftskörper*" rational zu gestalten. Das politische Ergebnis dieser großen Unternehmung war der moderne Sozialstaat und die fordistische Regulierung der Kapitalakkumulation.

Ich will und kann die vielfachen Gründe für den Niedergang des Fordismus und die Durchsetzung der neoliberalen Regulierung hier nicht ausführen. Nur eines muss vielleicht gesagt werden. Die fordistische Regulierung der Kapitalakkumulation war eine brillante Bewegungsform für die von Marx beschriebenen Widersprüche, weil sie die Grenzen des Diebstahls an fremder Arbeitszeit ausdehnte und völlig neue Reichtumsquellen erschloss. Aber sie war nicht nur an dauerhaftes Wachstum gebunden, sondern besaß auch keine Instrumente gegen die tendenzielle Überakkumulation des Kapitals und den Fall der Profitraten.

Das war der eigentliche Grund für die Wiederentdeckung der Angebotstheorie, den Monetarismus und die Durchsetzung der neoliberalen Modernisierung.

Mit diesem Paradigmenwechsel von einem annähernd rational gelenkten zu einem deregulierten und der absoluten Marktdominanz unterworfenen Kapitalismus welkten natürlich auch sämtliche Hoffnungen auf eine allmähliche Demokratisierung der Wirtschaft und ein allmähliches Hinüberwachen in eine sozialistische Formation. Die gemeinwirtschaftlichen Ansätze wurden zerschlagen, wenn sie nicht aus eigener Unfähigkeit zerbröselten, und der pflegliche Umgang mit dem gesellschaftlichen Arbeitskörper wurde angesichts des wachsenden Arbeitsüberschus-

ses im eigenen Land und vor allem auf den Arbeitsmärkten der Welt eben so überflüssig, wie die staatliche Konjunkturpolitik stumpf wurde.

Die gewerkschaftliche und politische Linke hat diesen Paradigmenwechsel spät erkannt und noch sehr viel später begriffen, dass ihre während des Fordismus entwickelten Instrumente nicht nur unscharf, sondern auch untauglich geworden waren.

Vor allem weil sich dieser neue Kapitalismus immer weiter von den Möglichkeiten der nur nationalen Regulierung entfernte. Wobei ich ausdrücklich von der "nur nationalen" Regulierung spreche und keinesfalls behaupte, dass sich die Regulierungsaufgabe des Nationalstaates erschöpft habe. Sie hat nur eine andere Logik angenommen und orientiert sich weniger an den Notwendigkeiten des nationalen Raumes, als an der globalen Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals.

... zur Akkumulation durch Enteignung

Das wichtigste Merkmal dieses neuen Kapitalismus ist nicht allein die dominante Bedeutung der Finanzmärkte, sondern vor allem was heute als Enteignungsökonomie bezeichnet wird. (vgl. Christian Zeller Hrsg., Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004)

Was Marx nämlich nicht vorhersah und eigentlich ausschloss, war die Tatsache, dass die von ihm in der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals beschriebenen Methoden des Raubs, der außerökonomischen Gewalt und des Betrugs keinesfalls die Geburtswehen dieser Formation waren, sondern zwangsweise zurückkehren, wenn sich das überakkumulierte Kapital nicht mehr – dem normalen Gang der Geschäfte folgend – anlegen kann.

Akkumulation durch Enteignung ist der wesentliche Zug des Neoliberalismus und wenn man die strategischen Ansatzpunkte für aktuelle wirtschaftspolitische Alternativen sucht, muss man von den Formen dieser Enteignung ausgehen. (Christian Zeller S. 12-13)

Die *erste Form* betrifft den Raub von Vermögenswerten anderer Kapitaleigner oder ganzer Nationen. Sei es durch das Kreditwesen, erzwungene Marktöffnung oder die mit Druck und Gewalt betriebene Enteignung von Rohstofflagern.

Zweitens wiederholt sich im Neoliberalismus der frühkapitalistische Sündenfall der ursprünglichen Akkumulation, nämlich der Enteignung durch Privatisierung. Wie seiner Zeit das Gemeindeland geraubt wurde, wird heute die öffentliche Infrastruktur privatisiert und das Volksvermögen verschleudert. Die sozialen Fonds der Gesellschaft, insbesondere das Rentensystem, werden erst ausgezehrt und anschließend in eine warenförmige, renditestarke Dienstleistung verwandelt.

Drittens wendet das überakkumulierte und monopolisierte Kapital eine breite Palette von Taktiken an, um durch Spekulation und Betrug, durch neue Investiti-

onsformen und Kreditgeschäfte Übernahmen und Fusionen herbeizuführen. Häufig mit dem Zweck der Marktberreinigung, immer mehr aber auch, um Unternehmen auszuschlachten und ihre Filetstücke gewinnbringend zu veräußern.

Dieser Methode, sich nämlich den Mehrwert schwächerer Kapitale anzueignen, entspricht auch die **vierte Form** der Akkumulation durch Enteignung, nämlich die permanente und auf Dauer angelegte Abschöpfung durch ungleiche Kooperation. Dies betrifft finanziell abhängige Zulieferbetriebe, vor allem aber die Abhängigkeit schwacher Volkswirtschaften, die in Folge der globalen Liberalisierung und Deregulierung der Märkte eines eigenen Entwicklungsweges beraubt wurden.

Eine **fünfte Form** der Enteignung stellt schließlich die Privatisierung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts mit Hilfe des Patentrechts dar.

Erinnern wir uns an dieser Stelle an Marx' Passage aus den 'Grundrissen', wo er die allgemeine Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, als den eigentlichen Grundpfeiler des Reichtums bezeichnete. Eines Reichtums, der durch die gesellschaftliche Kooperation und ihre Verwissenschaftlichung entsteht und nicht durch den Diebstahl der unmittelbar angewandten Arbeitszeit geschaffen wird.

Nun, dem Kapital ist es gelungen, diese gesellschaftliche Reichtumsquelle zu privatisieren, sich selbst anzueignen und durch Patentrechte zu unterwerfen. Dies betrifft die aus der gesellschaftlichen Kooperation entstandenen geistigen Produkte, das kulturelle Erbe, aber sogar die pflanzlichen und organischen Grundlagen des Lebens.

Die meisten der hier aufgeführten Formen der Enteignung sind nicht völlig neu und tauchen bereits früh in der einen oder anderen Weise in der Geschichte des Kapitalismus auf, aber sie waren nicht die Hauptrichtung der Akkumulation, sondern zeitweilige oder regional begrenzte Aktivitäten. Die neoliberale Modernisierung und die globale Verallgemeinerung dieser Formen haben sie jedoch zum Strukturmerkmal des gegenwärtigen Kapitalismus gemacht, so dass sich die heute denkbaren Alternativen notwendigerweise darauf konzentrieren müssen, die räuberischen Tendenzen des Neoliberalismus zurückzudrängen.

Eingriffspunkte einer Alternativbewegung

Welches aber sind die entscheidenden Eingriffspunkte, an welcher Stelle herrscht nicht nur der größte Bedarf an Re-Regulierung, um weitere Zerstörungen zu vermeiden, sondern von wo gehen auch Fernwirkungen aus? Welche Eingriffspunkte haben also eine zentrale Bedeutung für die Durchsetzung einer neuen Politik?

Ich muss voranstellen, dass ich wegen des begrenzten Zeitraumes, hier kein Programm wirtschaftspolitischer Alternativen entwickeln kann, sondern mich wirklich auf allgemeine Eingriffspunkte und exemplarische Beispiele beschränken muss.

Als erstes möchte ich daran festhalten, auch wenn das angesichts der globalen Problemlagen sehr traditionalistisch erscheint, dass der **erste Eingriffspunkt** die Rekonstruktion des Statuts der Lohnarbeit ist. Und zwar als eine globale Aufgabe. Die Erosion dieses Statuts, worunter ich die Deregulierung seiner rechtlichen Sicherheiten, die zunehmende Prekarisierung, aber auch die Entkopplung der Arbeitsentgelte von der wirtschaftlichen Entwicklung verstehe, ist zwar eine Folge der neoliberalen Politik, aber auch die Hauptvoraussetzung für ihren Bestand. Denn die Dominanz der Vermögenswirtschaft wird um so mächtiger, je weiter die Lohnquote sinkt und sich die Akkumulationsrate beschleunigt.

Zugegebenermaßen ist die Akkumulation durch Enteignung nicht allein durch eine Verringerung der Ausbeutungsrate zu stoppen. Aber so lange das internationale Lohngefälle, wie auch die nationalen Differenzen anhalten, verstärken sich die Möglichkeiten des großen Kapitals zur erpresserischen und betrügerischen Ausnutzung dieser Unterschiede.

Die Rekonstruktion des Statuts der Lohnarbeit ist dementsprechend eine globale Aufgabe, aber sie muss im eigenen Land beginnen, wenn internationale Strategien eine Chance haben sollen.

Um welche Akkumulationsmasse es bei der Absenkung der Lohnquote geht, hat Fred Schmid eindrucksvoll im isw-report Nr. 66 belegt. "Hätten sich die Verteilungsrelationen gegenüber dem Jahr 2000 nicht geändert, dann wäre die Bruttolohnsumme in der BRD im Jahr 2005 um 68 Milliarden Euro höher ausgefallen."

Damit komme ich zum **zweiten Eingriffspunkt**, nämlich der Verteilungspolitik. Auch wenn die Primärverteilung ihre zentrale Rolle behält, muss man in Rechnung stellen, dass die Umverteilung durch die Steuergesetzgebung eine immer größere Bedeutung erlangt. Ungefähr den gleichen Betrag, den die abhängig Beschäftigten im vergangenen Jahr durch die Verluste an der Lohnfront einbüßten, verloren die öffentlichen Kassen durch die rot-grüne Steuerreform. Zusammen genommen sind das im vergangenen Jahr an die 130 Milliarden Euro, die dem Binnenmarkt wie der öffentlichen Daseinsvorsorge verloren gingen und nun überwiegend ihr Unwesen auf den Finanzmärkten treiben dürften.

Man sieht, der von den Finanzmärkten getriebene Kapitalismus und die globale Enteignungsökonomie sind keine von der nationalen Ebene entthobene Sphäre, kein ortloses Phänomen, sondern das Ergebnis nationaler Politikstrategien. Deshalb muss der Kampf gegen die neoliberale Globalisierung auch im eigenen Land beginnen.

Die Steuerpolitik ist dafür ein höchst geeignetes Mittel, was sich zum Beispiel auch in der Beschäftigungspolitik bewähren kann. Dazu nur ein aktuelles Beispiel: Wenn der Allianz-Konzern eine Rendite von 4,4 Milliarden Euro erwirtschaftet und gleichzeitig 7.500 Arbeitsplätze vernichtet, so nutzt er einerseits den von der Gesellschaft selbst erzeugten technischen Fortschritt und lädt ihr andererseits seine negativen Folgen auf, nämlich die Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Ein wichtiger Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik wäre deshalb, das in der Umweltpolitik bewährte Verursacherprinzip auf die Investitionspolitik der Konzerne anzuwenden. Wer gesellschaftliche Ressourcen nutzt, also zum Beispiel die Gratiskräfte des wissenschaftlichen-technischen Fortschritts, muss dafür auch bezahlen und die verursachten Folgen tragen.

Es wird weiterhin und sogar beschleunigte, technologisch bedingte Arbeitseinsparungen geben. Doch daneben wächst der Bedarf an reproduktiver Arbeit für die öffentliche Daseinsvorsorge, für Wissenschaft und Kultur ebenso, wie für die Organisation des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. Die Linkspartei.PDS propagiert deshalb seit langem den Aufbau eines öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektors, der aus einem zentralen Fonds gespeist werden sollte. Wie wäre dieser Fonds und damit der unumgängliche Umbau des Beschäftigungssystems besser zu finanzieren, als durch die Profiteure der Arbeitsplatzvernichtung?

Der Neoliberalismus steigert die Privatisierung der Modernisierungsgewinne im gleichen Maße, wie er die Verluste vergesellschaftet. Und das nicht nur durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Warenproduktion, sondern auch durch die Verwandlung der öffentlichen Daseinsvorsorge in eine Ware. Deshalb muss der **dritte Eingriffspunkt** die Eigentumsfrage sein, konkret gesagt die Verteidigung und Rückgewinnung des gesellschaftlichen Eigentums an allen Ressourcen und Einrichtungen, die die soziale, geistig-kulturelle und ökologische Reproduktion der Gesellschaft garantieren. Dazu würde ich auch die Produktion all jener begrenzten Güter zählen, wie zum Beispiel Energie oder Wasser, die nicht beliebig produzierbar sind. Man kann und muss darüber diskutieren, welche Rechtsformen solches Eigentum annehmen kann. Sicher aber muss sein, dass es demokratischer Kontrolle unterworfen wird und sich seine Bewirtschaftung an den Bedürfnissen des Gemeinwessens orientiert.

Kapitalistische "Weltbühne": Neoliberale Barbarei oder demokratische Regulierung

Da wir von Alternativen in dem jetzt real existierenden Kapitalismus sprechen, also von globaler Geldwirtschaft, internationalen Tauschbeziehungen und global vernetzter Produktion, wirft sich **zum Schluss**,

aber nicht als Letztes, die Frage auf, welche Eingriffspunkte sich zur politischen Regulierung dieser Beziehungen finden lassen.

Dem muss zunächst einmal die Frage vorangestellt werden, wer diese Beziehungen gegenwärtig regelt. Der Markt möchte man meinen, aber das ist nur die äußerlich sichtbare, die halbe Wahrheit. Es mussten gewaltige politische Hebel umgelegt werden, um diese Marktbeziehungen überhaupt zu schaffen und es werden ständig neue Institutionen geschaffen, um die Marktbeziehungen im Interesse der mächtigen Oligopole, der großen Vermögen und ihrer Finanzagenten zu gestalten. Die blinde Hand des Marktes wird von äußerst weitsichtigen Eliten des reichen Nordens geführt und der so genannte freie Markt würde sich sehr schnell wieder schließen, wenn er nicht durch politischen, ökonomischen und auch militärischen Druck offen gehalten würde.

Die entscheidende Frage ist also meiner Meinung nach nicht, wie man diese verschiedenen Märkte und vor allem den Finanzmarkt regulieren kann, sondern wer es tut. Es gibt zahllose Vorschläge, wie man etwa den Finanzmarkt entschleunigen kann, zum Beispiel durch die Tobin-Steuer, wie er sozialen und ökologischen Standards unterworfen werden kann oder welche Finanzgeschäfte schlichtweg unterbunden werden müssen. Die entscheidende Frage ist, wie die mächtigen supranationalen und den Interessen des großen Kapitals gehorchenden Institutionen unter die Kontrolle der Völker kommen können, wie sie im Einklang mit den Menschenrechten und den Prinzipien der Demokratie gehorchend handlungsfähig sind.

Ich denke, dass dies eine der wichtigsten, aber auch eine der am meisten vernachlässigten Fragen der Linken ist.

Nach diesem notwendigerweise knappen Aufriss, will ich mir abschließend einige skeptische Bemerkungen erlauben.

Als Rosa Luxemburg die viel zitierte Parole ausgab, "*Sozialismus oder Barbarei*" hatte sie zuvor festgestellt, dass die kapitalistische Akkumulation zwei Seiten hat. Eine ökonomische, auf der "*Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen*" und dann die sich auf der "Weltbühne" zeigende Seite der Akkumulation.

"Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftakte die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden." (Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Neuauflage Frankfurt/M. 1970, S. 366 f.)

Erst durch die neoliberale Globalisierung hat diese Weltbühne ihre ganze Dimension entfaltet und führt nun das von Rosa Luxemburg beschriebene Stück in voller Länge auf. Es ist die wirkliche Barbarei und wir müssen erkennen, dass unsere wirtschaftspolitischen

Alternativen wahrscheinlich zunächst nicht mehr bewirken können, als diesen total zerstörerischen Prozess auszubremsen.

Hier sehe ich auch einen wesentlichen Unterschied zu den wirtschaftspolitischen Alternativen, die die Linke im goldenen Zeitalter des Kapitalismus, nämlich in seiner fordistischen Etappe, diskutieren konnte. Die fordistische Regulierung der kapitalistischen Akkumulation wies in die Richtung zunehmender Vergesellschaftung und rationaler gesellschaftlicher Planung. Womit sie offen für wirtschaftsdemokratische Alternativen war.

Auch die neoliberale Modernisierung produziert nicht nur Barbarei, sondern hat, wie ich am Beispiel der supranationalen Institutionen zu zeigen versuchte, wandelbare und entwicklungs offene Möglichkeiten rationaler Gestaltung geschaffen. Aber unter welchem ungleichen ökonomischen Vorzeichen? Die Ressourcen werden knapper und es drohen lang anhaltende, die Zivilisationen zerstörende Verteilungskriege. Die Überakkumulation des großen Kapitals wächst schneller als die Wirtschaft ihrer Zentren, und die Basis für einen neuen sozialen Kompromiss ist sowohl vom subjektiven Faktor aus gesehen, als auch aus der Perspektive der Ökonomie, äußerst schmal. Die Chancen für eine sozialistische Transformation stehen nicht gut.

Umso wichtiger aber scheint mir, dass die Linke aufhört, sich abwechseln ins Konkrete oder in die Abstraktionen der Kritik zu flüchten. Wir brauchen eine konkretere, auch in der Öffentlichkeit verstehbare Kritik der ökonomischen Verhältnisse. Anders werden wir auch keine Mehrheiten für unsere wirtschaftspolitischen Alternativen finden.

Dr. Harald Werner (Berlin) ist Mitglied des Bundesvorstandes und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS

Jürgen Leibiger

Marx oder Keynes – oder beide?

I. Krise des Marxismus und Keynes-Revival?

Die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Marxscher Kritik der politischen Ökonomie und Keynesscher Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes ist nicht neu und ihre Bibliografie, beginnend schon kurz nach der Veröffentlichung von Keynes' Hauptwerk 1936, wäre von beträchtlichem Umfang. Warum wird sie gerade heute erneut aufgeworfen? Gibt es etwa theoretische Neuigkeiten zu vermelden? Sind neue Manuskripte entdeckt worden? Ist das Feld nicht längst abgegrast? Lässt sich noch viel mehr feststellen, als dass es Ähnlichkeiten in bestimmten theoretischen Aussagen und Schlussfolgerungen gibt und im Übrigen Marx Keynes nicht kennen konnte und Keynes Marx nicht kennen wollte? Die Antwort lautet: Die Linke befindet sich an einem geschichtlichen Scheideweg. Sie vergewissert sich ihrer theoretischen Quellen und sichtet die Arsenale. An den beiden größten Ökonomen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts ist dabei kein Vorbeikommen. Drei Aspekte der Situation zumindest hinsichtlich der Ökonomie seien angesprochen.

Erstens. Der Marxismus befindet sich, trotz des neuerdings konstatierten Marx-Revivals (Spiegel 2005, 98), insgesamt in einer Krise. Diese Krise ist nicht nur Folge des Kollaps' des realen Sozialismus und der Schwächung der traditionellen Arbeiterbewegung und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung, sondern auch der Theoriesituation. Obwohl viele der Marxschen Analysen sich in bestechender Weise als nach wie vor zutreffend erweisen, auf jeden Fall wohl mehr, als bei jedem beliebigen anderen sozialwissenschaftlichen Autoren seines Jahrhunderts, haben sich doch bestimmte ökonomischen Voraussagen nicht bewahrheitet. Einige seiner Theorien, nicht zuletzt die für sein Werk zentrale Arbeitswert- und Mehrwerttheorie, erwiesen sich im Lichte moderner Theorienkritik und aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen teilweise als renovierungsbedürftig, was in erbittert geführte Debatten mündete. Und mancher ehemaliger Marxist wird nach dem Scheitern des sich auf Marx berufenden realen Sozialismus dessen Theorie als Ganzes verworfen und sich auf die Suche nach einem neuen Bezugspunkt begeben haben.

Zweitens. Wir sind Zeugen und Mitwirkende einer politischen Koordinatenverschiebung, die sich zum Beispiel im Austritt von Sozialdemokraten aus ihrer

Partei, in der Formierung der WASG und in den Bemühungen zur Schaffung einer Linkspartei manifestiert. Die sich lange Zeit unter anderem auf Keynes berufende Sozialdemokratie wendet sich von ihm ab und propagiert einem "dritten Weg". "Manche Politiker – formulierte Anthony Giddens jüngst – haben keynesianische Lösungen sowohl hinsichtlich der Reform des Europäischen Sozialmodells als auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa vorgeschlagen. Warum aber sollte ein Ansatz, der auf nationaler Ebene überall fehlgeschlagen ist, plötzlich auf transnationaler Ebene funktionieren?" (Giddens 2003, 10). Natürlich ist die sozialdemokratische Wende nicht allein an ihrem Verhältnis zu Keynes festzumachen, aber ein Symptom dafür ist es allemal. Für manchen ehemaligen Sozialdemokraten, der sich jetzt plötzlich an der Seite der Linkspartei.PDS wiederfindet, ist diese Bewegung ohne Keynes nicht denkbar. Und für nicht wenige der in der DDR sozialisierten PDSler stellt sich überhaupt erst mal die Frage, wer eigentlich Keynes ist, den da die neuen Partner mitbringen, oder – noch problematischer – ob und wie sich der Bezug auf einen bürgerlichen Ökonomen wohl mit ihrem Marxverständnis vertragen soll.

Drittens. Gelegentlich wird heute eine Krise des Neoliberalismus konstatiert; Hobsbawm sprach schon 1998 vom "Tod des Neoliberalismus" (Hobsbawm 1999, 7). Dies wurde an der Ablösung konservativer Regierungsparteien, am Linksruck in Südamerika, der vielleicht am meisten vom Neoliberalismus heimgesuchten Region, an einem gewissen Wandel des neoliberalen Washington-Consensus und der Kreditvergabe durch IWF und Weltbank, an der Flexibilisierung der Maastrichtkriterien und anderem festgemacht. Der Keynesianismus scheint Aufwind zu bekommen, international wird er in der Form des Neu-Keynesianismus sogar als der Mainstream bezeichnet (Hein 2003, 12). Vor zwei Jahren veranstaltete das Münchner ifo-Institut gemeinsam mit der Venice International University eine Konferenz zum Thema: "The Revival of Aggregate Demand Policies – Back to Keynes?" (Venice Summer Institute 2004). Deutschland ist von dieser Bewegung anscheinend wenig berührt und Professor Bofingers Meinung bleibt im Sachverständigenrat ein Minderheitsvotum. Gustav Horn, einer der letzten Keynesianer an einem renommierten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut musste dieses verlassen. Aber ob dieses dogmatische Klima aufrecht erhalten bleiben kann, ist offen. Falls es also ein keynesianisches Revival geben sollte – wie steht die Linke dann zum neuen Mainstream?

II. Varianten des Keynesianismus

Wovon reden wir eigentlich, wenn wir "Keynesianismus" sagen? Es gibt keinen einheitlichen Gebrauch der entsprechenden Begriffe und Attribute. Ich möchte hier keinen geschichtlichen Abriss geben, deshalb nur ein Beispiel: Der Nobelpreisträger Samuelson wird häufig als Keynesianer eingeordnet. Doch 1967, in der 7. Auflage seiner "Economics" beschrieb er sein Herangehen als "neoklassical synthesis" (Samuelson 1967: S. 351). Zu jener Zeit war er der Hauptgegner von Joan Robinson, einer englischen Post-Keynesianerin, in der so genannten Cambridge-Debatte der sechziger Jahre, wo er eine lupenreine neoklassische Position vertrat. Später, Mitte der achtziger Jahre bezeichnete er den Post-Keynesianismus als den Mainstream (Samuelson: 1987, 518) und fühlte sich wohl auch als dessen Hauptvertreter. Heutige Post-Keynesianer wie Paul Davidson in den USA oder die KollegInnen des Marburger Instituts für Wirtschafts- und Politikforschung würden jedoch seine Einordnung in die post-keynesianische Schule meines Erachtens mit Recht zurück weisen. Die neueste Ausgabe seines Lehrbuchs (Samuelson 2005) ist nach wie vor voller Bezüge zu Keynes, aber der Begriff Post-Keynesianismus taucht nicht mehr auf und er erweist nahezu allen modernen neoklassischen Schulen seine Referenz. Für Joan Robinson war er nie ein wirklicher Keynesianer; er fiel unter die Kategorie des "Bastard-Keynesianismus", einer das Anliegen von Keynes verfälschenden Version der Neoklassik.

Heute existieren mindestens zwei oder drei Varianten des Keynesianismus, weitere Differenzierungen nicht mitgezählt. Die einflussreichste Variante ist der so genannte *Neu-Keynesianismus*. Er ist eine Antwort auf die Kritik des Keynesianismus durch die Schule der rationalen Erwartung, die Chicago School und Friedmans monetaristische Gegenrevolution seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Angebots- und nachfrageorientierte Ansätze werden hier integriert und in gewisser Weise kann diese Variante als eine Fortführung der neoklassischen Synthese bezeichnet werden. Der Kern der Botschaft lautet: Märkte können zwar stabil sein, aber sind sie es unter bestimmten Bedingungen einmal nicht, hilft eine koordinierte Geld- und Fiskalpolitik und eine abgestimmte angebots- und nachfrageorientierte Politik. Damit erfolgt zwar eine Rehabilitation der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik; allerdings ist mit dieser Theorie zugleich die Forderung nach Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Abbau sozialstaatlicher Leistungen vereinbar. Wichtige Vertreter dieser Richtung sind Gregory Mankiw und Olivier Blanchard in den USA, in Deutschland zählt Gerhard Illing dazu.

Auf Keynes berufen sich zweitens die Vertreter des *Post-Keynesianismus*. Sie beziehen sich auch auf Joan Robinson, Nicholas Kaldor und Michael Kalecki, teilweise auch auf Pierro Sraffa oder Karl Marx. Im Unterschied zum Neu-Keynesianismus grenzen sie sich

streng von der neoklassischen Theorie ab. Dieser Post-Keynesianismus scheint mir in wiederum zwei Varianten zu existieren. Die eine Richtung ist schon von ihrem Gegenstand her auf die Frage nach Einkommen und Beschäftigung, Geld- und Fiskalpolitik konzentriert und enthält sich weitergehender Fragen nach den Systemeigenschaften und der historischen Einordnung des Kapitalismus. Die Abgrenzung zum Neu-Keynesianismus kann im Einzelfall schon schwierig sein. Eckhard Hein konstatiert: "Die wesentliche Differenz neu- und post-keynesianischer Modelle ist methodischer Natur." (Hein 2003, 164).

Die andere Richtung verknüpft die Frage der Beschäftigungspolitik und des Einkommens mit der langfristigen Perspektive des Kapitalismus. Die Realisierung des post-keynesianischen Reformprojekts wird als Schritt zu einer post-kapitalistischen Gesellschaft betrachtet. So konstatiert Karl Georg Zinn: "Ungeachtet Keynes' eigener Einschätzung der langfristigen Verträglichkeit seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit dem kapitalistischen System ergeben sich u.E. derart weit reichende Konsequenzen, dass von einer Systemtransformation gesprochen werden darf." (Zinn 2006, 2). Auch die Nähe zu Marx ist ein unverkennbares Merkmal dieser Ökonomen: Rudolf Hickel, der sich selbst als Keynesianer bezeichnet, hält Marx' "Analyse immer noch für die beste Anatomie des Kapitalismus" (Spiegel 2005, 100). "Keynes im Kopf und Marx im Herzen" lautet eine Maxime.

Als Vertreter des Post-Keynesianismus sind jene Theoretiker einzuordnen, die etwa drei Kriterien genügen: *Erstens* betonen sie, ausgehend von der Theorie der effektiven Nachfrage, die Keynes'sche Erkenntnis der dem kapitalistischen Marktmechanismus inhärenten Tendenz zu Instabilität, Unterbeschäftigung und zu einer schiefen Einkommensverteilung. Die Keynes'sche Formulierung, dass unter bestimmten Bedingungen doch wieder jene von der Neoklassik behaupteten Gesetze gelten, wird abgelehnt. *Zweitens* hegen sie eine unverkennbare Sympathie für die Interessen der abhängig Beschäftigten und für eine Reformierung des Kapitalismus bzw. für eine Wirtschaftspolitik, die den Namen sozial wirklich verdient. *Drittens* halten nahezu alle diese Theoretiker die Vollbeschäftigung für ein auch im Kapitalismus erreichbares Ziel und favorisieren zur Steigerung der Beschäftigung eine Wirtschaftspolitik mit folgenden Elementen:

- Ein Reallohnwachstum mindestens entsprechend der Produktivitätsentwicklung, was die Lohnquote konstant lässt;
- eine Umverteilung zugunsten niedriger Einkommen, um die durchschnittliche Sparquote zu senken, und die Konsumnachfrage zu stärken;
- eine Senkung der Arbeitszeit;
- eine staatliche Nachfragepolitik (Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen), die gegebenenfalls auch mittels öffentlicher Schuldtitel finanziert wird;

- eine Geldpolitik, die nicht einseitig auf Preisniveaustabilität, sondern auch auf hohe Beschäftigung ausgerichtet ist und
- eine makroökonomische Koordination von Geld- und Fiskalpolitik.

Die beschäftigungstheoretischen Grundlagen liegen – bei allen Unterschieden im Detail – in der Theorie der effektiven Nachfrage, nach der wachsende Einkommen mit einem psychisch bedingten abnehmenden Hang zum Verbrauch einhergehen. Dies gilt sowohl im Vergleich unterschiedlicher Einkommensklassen zum selben Zeitpunkt als auch im Zeitverlauf. Bezieher hoher Einkommen, Kapitaleigentümer, gleichen die Nachfragerlücke mit Investitionen nur ungenügend aus und im säkularen Trend gilt dies auch allgemein. Krisen und Arbeitslosigkeit sind also durch mangelnden Konsum bzw. langfristige Sättigung auf der einen und mangelnde Investitionen auf der anderen Seite verursacht.

III. Über Keynes hinaus

Obwohl die Realisierung des beschäftigungspolitischen Programms des Post-Keynesianismus zweifellos im Interesse der abhängig Beschäftigten liegt, die Erwerbslosigkeit vermindern kann und ein wichtiger Schritt in Richtung eines wieder stärker sozial verfassten Kapitalismus wäre, sollten doch einige problematische Seiten dieser Sicht nicht übersehen werden.

Erstens. Programm und Theorie können den Eindruck erwecken, dass bei einer richtigen nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik nicht nur klassenübergreifend alle gewinnen, sondern auch der Zyklus besiegt werden könne. Es gibt aber Eigenheiten des Kapitalismus, die immer wieder erneut zur Störung des Gleichgewichts und eines zeitweiligen Interessenausgleichs führen. Diese sind die Konkurrenz der Kapitale untereinander und die grundsätzlich im Widerspruch stehenden Interessen von abhängig Beschäftigten und Kapitaleigentümern. In den makroökonomischen Modellen wird der dem Einzelkapital innewohnende Antrieb, eine maximale Verwertung zu erzielen sowie die Notwendigkeit, gegenüber den Konkurrenten Verwertungsvorteile zu erringen, ausgeblendet. Eine schöpferische Zerstörung, wie Schumpeter das nannte, findet nicht statt. Die keynesianischen Unternehmer reagieren immer auf eine Nachfrage; sinkt diese, wofür eine zu hohe Sparquote und eine langfristig wirkende Bedürfnissättigung verantwortlich gemacht werden, sinken auch die Investitionen. Aber ein solch trauriges Bild geben die Kapitalisten nun wirklich nicht ab. Fehlt die Nachfrage wegen eines fehlenden Bedürfnisses, was macht das schon? Die Schaffung des Bedarfs ist Bestandteil der Investition; für entsprechende Kampagnen werden jährlich Milliarden ausgegeben. Wenn von einigen Autoren das schwache Wachstum seit Beginn der 1970er Jahre auf Sättigungstendenzen zurückgeführt wird, so

fragt sich, wieso die Sparquote seitdem keineswegs gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken ist. Ist dann ein Bedarf und eine Nachfrage vorhanden, passen sich die Unternehmen nicht einfach an diese an. Vielmehr zwingt die Konkurrenz zu Investitionen, welche die Nachfrage übersteigen, weil erst dann die Marktsignale – sinkende Preise – vorliegen, die eine Reaktion erzwingen. Diese besteht in Kapitalzerstörung, erst durch Unterauslastung und später durch den Bankrott der schwächsten Unternehmen, bis ein Gleichgewicht für den Moment hergestellt ist. Die im Keynesianismus favorisierte "koordinierte Makropolitik" schneidet zwar im Hinblick auf höhere Beschäftigung besser ab, als die kontraproduktive, in sich widersprüchliche neoliberale Wirtschaftspolitik, aber da der privatkapitalistische, konkurrenzorientierte Antriebs- und Entscheidungsmechanismus weiter dominiert, bleiben die Effekte begrenzt.

Zweitens. Der Gegensatz zwischen Kapitaleigentümern und den abhängig Beschäftigten scheint in dieser Theorie keine bedeutende Rolle zu spielen; eine Lohnsteigerung hat für das Einzelkapital nicht unbedingt eine Verwertungseinbuße zur Folge, weil die Bestimmung des Profits vom so genannten Mark-up abhängt, einem vom Kapitaleigentümer selbst bestimmten Aufschlag auf die Gestehungskosten. Das heißt, die produktionsseitige Determination des Profits im Mehrwert und seine faktische Bestimmung im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit, ökonomische Tatsachen, denen schwer auszuweichen ist, sind durch diese Theorie aus dem Zentrum der ökonomischen Analyse herausgerückt. Der Neuwert ist keine in der Produktion determinierte Größe, bei deren Distribution die einen verlieren, was die anderen gewinnen. Die Preispolitik der Unternehmen, die Fiskalpolitik des Staates und die Geldpolitik der Zentralbanken können so ausgelegt werden, dass der Verteilungskonflikt entschärft wird. Dies offenbart eine völlig andere Sichtweise im Vergleich zu Marx. Die Analyse bewegt sich ausschließlich auf der Preisebene, eine Wertebene gibt es nicht und wird auch nicht als relevant erachtet. Damit braucht es natürlich auch keine Arbeitswerttheorie und keine spezielle Theorie über die Bestimmung des Werts einer Ware Arbeitskraft. Die Argumentation auf der Ebene von Arbeitswerten wird von vielen – nicht allen – Post-Keynesianern als irreführend und als ein Dogma orthodoxer, gar vulgärer Marxisten und die Diskussion darüber häufig als "scholastisch" abgetan. (Laski 1987, 27)

Man könnte geneigt sein, viele Varianten keynesianischer Theorie als Kreislauftheorien ohne Wert zu bezeichnen. Hier liegt eine ihrer Schwächen, die weit in die Verteilungstheorie hineinreicht. Joan Robinson, die die ganze Frage der Preisrelationen ignorieren will und die Relevanz der Arbeitswerttheorie, ja einer Werttheorie überhaupt bestreitet, beklagt andererseits den Zustand, über keine Verteilungstheorie zu verfügen. (Robinson 1972, 9). Die Diskussion darüber ist allerdings keineswegs beendet, man kann sogar ein wachsendes Interesse an dieser Frage feststellen.

Drittens. Eine der objektiven Ursachen der Krise des Keynesianismus zu Beginn der siebziger Jahre, die sich in der Formel des "Abschieds vom Lord" ausdrückte, war die Globalisierung. Der Binnenmarkt und die Binnennachfrage sind für international agierendes Kapital des selben Landes nicht mehr allein wichtig; fehlt sie, kann das unter Umständen durch den Absatz auf äußeren Märkten ausgeglichen werden. Das heißt, die über höhere Löhne und steuerfinanzierte staatliche Ausgaben geschaffene höhere Binnennachfrage ist für diese Unternehmen nur nach der einen Seite, der Kostenseite hin, also negativ wirksam. Eine nur national orientierte keynesianische Nachfragepolitik kann also beschäftigungspolitisch unter Umständen ins Leere laufen. Zwar stellen sich die Zusammenhänge mit der steigenden Nachfrage auch auf globaler Ebene wieder her, aber wie sich dabei der Zeithorizont und die strukturelle Differenzierung darstellen, vermag niemand exakt zu sagen. Die Kosten dieser Politik dagegen sind für das Einzelunternehmen die sofort spürbare Wirkung.

Dies alles sind keine Argumente gegen eine Nachfragepolitik. Sie sind aber Achtungszeichen gegen eine Überschätzung der Wirksamkeit einer solchen Politik und mit Illusionen über die Möglichkeiten einer alternativen Politik im Kapitalismus ist niemandem geholfen. Bezüglich des letzten Arguments sollte klar geworden sein, dass ein nationaler Alleingang umso weniger Erfolg versprechend ist, je geringer die relative Bedeutung des Binnenmarkts für die Verwertung des einheimischen Kapitals ist. Dies verweist auch auf die differenzierten Interessen von weltmarktorientierten und mehr binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Hierin liegt zumindest einer der Gründe für die Hartnäckigkeit des angebotsorientierten Dogmas in Deutschland im Vergleich z.B. zu den USA; immerhin ist die Exportquote hier fast viermal so hoch wie dort.

IV. Über Marx hinaus

Was hat nun die von Marx her kommende ökonomische Theorie zu bieten? Auch wenn wir "Marx" sagen, stellt sich die Frage: Welcher Marx und welcher Marxismus? Meinen wir die Version, die bis zuletzt in den Lehrbüchern der DDR vertreten wurde, und die den Kapitalismus auf immer tiefere Stufen seiner allgemeinen Krise schlittern sah? Meinen wir – was gerade in Bezug auf krisen- und beschäftigungstheoretische Fragen von Bedeutung ist – eine Marxinterpretation auf Basis einer monetären oder einer substanzialistischen Werttheorie? Oder meinen wir einen Marxismus gänzlich ohne Wert- und Mehrwerttheorie? Bringen wir das Stabilitäts- und Beschäftigungsproblem mit der Überakkumulation, mit profit-squeeze oder eher mit dem Fall der Profitrate in Zusammenhang? Ich kann hier diese Differenzierungen im Detail nicht weiter verfolgen (vgl. z.B. die Übersicht von

Michael Heinrich in Altvater 1999, 188-220 oder bei Stockhammer 2005), aber letztlich kommen wir bei einer Positionsbestimmung nicht um die Diskussion dieser Fragen herum.

Der unfertige Charakter des Marxschen Werkes bedingt Leerstellen, Widersprüche und auch Fehler. Die Komplexität, innere Widersprüchlichkeit und historische Dynamik seines Gegenstandes geht über das in einem Menschenleben erstmals theoretisch erfass- und darstellbare wohl weit hinaus, zumal er nicht über die heute zur Verfügung stehenden empirischen, statistischen und mathematischen Methoden verfügte. Und schließlich standen ökonomische Realität und Theorie in den vergangenen über hundert Jahren nicht still. Neben vielem anderen leidet die marxistische Ökonomie aus heutiger Sicht auch daran, dass Marx von der unaufhaltsamen und stetigen Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche ausging. Er verwendete deshalb nicht viele Gedanken auf eine den Arbeiterinteressen, und womöglich sogar aus einer Regierungsposition heraus, verpflichteten Wirtschaftspolitik im Kapitalismus, so sehr er auch Fortschritte in deren Interesse für notwendig und möglich hielt. Es ist interessant, wie Marx in seinen Briefen den Wirtschaftskrisen seiner Zeit entgegenfeuerte, konnte er doch, wenn er sie nicht schon für den endgültigen "Kladderadatsch" hielt – was bis in die 1860er Jahre wohl der Fall war –, daran zumindest seine Theorien prüfen. Auf die Idee zu fragen, wie die Wirtschaftspolitik oder Arbeiterklasse stabilisierend wirken könnten, kam er dabei nicht. Diesem Grundgestus blieben auch seine Schüler im zwanzigsten Jahrhundert verbunden: Wozu eine differenzierte wirtschaftspolitische Strategie im Interesse der Arbeiter im Kapitalismus ausarbeiten, wenn sich ihre Lage sowieso nicht grundsätzlich ändern lässt und die Beseitigung oder der Zusammenbruch des Kapitalismus unmittelbar bevorsteht und sich sogar schon vollzogen hat?

Aber wenn wir Marx' Anatomie des Kapitalismus in vielen wesentlichen Teilen für nach wie vor zutreffend halten, dann lässt sie sich in aktualisierter und entwickelter Gestalt auch für die Begründung einer Wirtschaftspolitik im Kapitalismus nutzen. Also: Marx nicht nur im Herzen, sondern auch im Kopf. Eines scheint mir dabei wesentlich zu sein: Reduziert man diese Frage auf das Problem der Beschäftigung, der Einkommensverteilung und der Stabilisierungspolitik, also die hauptsächliche Fragestellung von Keynes, der mit der Lösung des Beschäftigungsproblems die soziale Frage überhaupt gelöst sah, so springt man zu kurz. Politische und emanzipatorische Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem Zusammenhang von Widerspruchs- und Funktionalanalyse des Kapitalismus auf der Grundlage von Arbeitswert- und Mehrwerttheorie. Einen Auseinanderfall von angebots- und nachfrageorientierter Betrachtung lässt die Einheit der Analyse von Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals nicht zu. Bei Marx sind – modern gesprochen – mikro- und makroökonomische Sicht-

weise, kurzfristige und langfristige Analyse schwerlich von einander zu trennen. Dieses Herangehen, der Versuch einer umfassenden historischen und logischen Betrachtungsweise, scheint manchem zeitgenössischen Ökonomen doch ein Zuviel an Komplexität zu sein. Aber liegt nicht gerade darin der Vorteil gegenüber der Einfalt der herrschenden Lehre vom Homo economicus mit seiner Psychologie der Nutzenmaximierung und seinen diversen Neigungen in einer Welt voller Angebots- und Nachfragekurven?

Dieser Vortrag soll sich jedoch auf das Problem der Beschäftigungs- und Stabilisierungspolitik beschränken. Ursache der Krisen ist nicht der Nachfragemangel oder die Unterkonsumtion, sondern die Überakkumulation über jede gegebene Nachfrage hinaus. Die Konkurrenz um Marktanteile und um die Kaufkraft der Nachfrager zwingt alle Unternehmen zu Investitionen, zum Ansaugen und zur Beschäftigung von Arbeitskräften sowie zu Produktionssteigerungen, solange keine anders gerichteten Marktsignale vorliegen. Der Kreditmarkt ermöglicht diese "Blasenbildung" in Form von Überkapazitäten im realen Sektor über eine längere Zeit. Eine Koordination der Investitionsentscheidungen ist nicht nur unmöglich, sie würde von den Einzelkapitalen auch unterlaufen, um zumindest zeitweilige Vorsprünge zu erringen. Der Time-lag bis zur Profitrealisierung beim Güterabsatz verhindert zudem eine kurzfristig wirksame Rückkopplungsreaktion und flexible Anpassung. Gleichgültig, wie sich die Nachfrage als Folge bestimmter Arbeitsmarktsituationen, von Tarifabschlüssen oder staatlichen Einflüssen entwickelt, die Unternehmen investieren und steigern so lange die Produktion, bis am Markt eine Überproduktion wirksam wird. Erst dann entstehen Marktsignale und damit Informationen über die Existenz von Überakkumulation. Dann ist es "zu spät" und die Korrektur kann sich nur durch das Ausscheiden von Kapital und Erwerbstätigen aus dem Verwertungsprozess vollziehen.

Steigende Löhne können Krisen, mithin Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Sagt man, so Marx, "die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie einen größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, dass die Krisen jedes Mal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für die Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müsste – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." (Marx 1972b, 409f). Friedrich Engels bemerkt an dieser Stelle: "Ad notam für etwaige Anhänger der Rodbertuschen Krisentheorie. F.E." (Marx 1972b, 410). Ich ken-

ne kaum einen Keynesianer, der wie Kurt W. Rothschild als einer der wenigen dieser Schule genau so skeptisch wie Marx bleibt: "Die Hoffnung auf ungebrochene Vollbeschäftigung im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems wird man wohl fahren lassen müssen. Aber zur Erzielung möglichst hoher anhaltender Beschäftigung lässt sich wohl einiges tun." (Rothschild 1990, 102).

Unter den Bedingungen der Dominanz privatkapitalistischer Eigentums- und damit Entscheidungskalküle stellen Krisen also die Bedingungen zur Reproduktion immer wieder aufs Neue her, weil sie Ungleichgewichte zeitweilig beseitigen; sie sind somit notwendig. Ist es dann aber sinnvoll, über höhere Löhne und Beschäftigung nachzudenken, wenn doch scheinbar nur die Alternative höhere Beschäftigung oder höherer Lohn steht? Diese Entgegensetzung verkennt freilich, dass der Konjunkturzyklus in einer historischen Zeit existiert. Für die Arbeitnehmer ist eine auch nur zeitweilige Verbesserung ihrer Lage immer einer schicksalhaften Ergebnisvorzuziehen. Ist eine "relative Prosperität der Arbeiterklasse", wie Marx das nennt, nicht erstrebenswert, auch wenn sie nur "Sturmvogel der Krise" ist, die sich ja sowieso nicht vermeiden lässt? Immerhin dauert ein Zyklus heute um die sieben Jahre. Die Auseinandersetzung um höhere Löhne und um einen höheren Anteil an dem über den Staat umverteilten Nationaleinkommen ist also trotzdem sinnvoll und zwar nicht nur aus sozialpädagogischen Gründen zum Einüben des letzten Gefechts, wie das gelegentlich in der älteren Arbeiterbewegung gesehen wurde, sondern aus ökonomischen Gründen. Der Wert der Arbeitskraft wird neben der Produktivkraft der Arbeit in den Subsistenzmittel produzierenden Sektoren auch durch ein historisch-moralisches Moment bestimmt, die Verbesserung der Lage schafft also auch langfristig bessere Voraussetzungen im Verteilungskampf. Hinzu kommt, dass höhere Löhne natürlich höhere Nachfrage und damit wenigstens zeitweilig höhere Beschäftigung bedeuten können. So wie sich Marx über den Zynismus der Kompensationstheorie empört, nach der die "Leiden der durch die Maschinerie verdrängten Arbeiter also ebenso vergänglich wie die Reichtümer dieser Welt (seien)" (Marx 1972a, 463), so empörend ist ein Argument, das Verbesserungen der Lage von abhängig Beschäftigten gering schätzt, weil dies nur zeitweilig der Fall sei. Im Gegensatz zu Marx müssen wir heute davon ausgehen, dass es durchaus Sinn macht, für eine Wirtschaftspolitik zu streiten, mit der höhere Löhne, niedrigere Arbeitszeit und höhere Beschäftigung erreicht wird, auch wenn man mit ihm der Überzeugung ist, dass höhere Löhne nicht bedeuten, dass dauerhaft Vollbeschäftigung ermöglicht wird.

Wird von den Ursachen der zyklischen und Strukturkrisen ausgegangen, also zyklischer und struktureller Überakkumulation aufgrund der profit- und konkurrenzgesteuerten Investitionen, so muss das Schließen einer vermeintlichen Investitionslücke auf Seiten der Privatwirtschaft mit Hilfe fiskal- und geldpolitischer

Instrumente die Überakkumulationstendenz verschärfen. Vielmehr muss Kapital dem privaten, profitgetriebenen Entscheidungskalkül entzogen werden, entweder durch Investitionslenkung oder durch öffentliche Investitionen. Hohe Steuern auf hohe Einkommen dienen mithin nicht nur der Verminderung von Netto-Einkommensunterschieden, sondern auch der Erweiterung eines nicht profitgetriebenen Sektors und damit der Hemmung einer Überakkumulationstendenz.

Da eine solche Politik den Profit des nationalen Kapitals belastet, also Kapitalexport und Güterimport stimuliert, muss sie durch international wirkende Maßnahmen ergänzt werden. Laufen diese darauf hinaus, durch nationale Alleingänge Kapitalabwanderung oder Güterimporte zu verhindern oder zu erschweren, sind sie in Zeiten der Globalisierung nicht nur perspektivlos, sondern stärken eine nationalistische Position des "Wir sitzen alle im gleichen Boot" von inländischem Kapital und Arbeit gegenüber dem Ausland. Die adäquate und progressive Antwort kann nur darin bestehen, eine "internationalistische" Politik zu betreiben, d.h. eine im internationalen Raum gleichgerichtete Beschäftigungspolitik anzustreben. Jeder Schritt zu höherer Beschäftigung, sofern er nicht auf Kosten anderer abhängiger Beschäftigten, national und international geht, ist ein richtiger Schritt und stärkt ihre gemeinsame Verhandlungsmacht. Jeder Schritt, der die Konkurrenz unter ihnen verschärft, ist eine Stärkung der Position der Kapital-eigentümer.

V. Kombination der Konzepte

Schon diese knappe Skizze einer beschäftigungspolitischen Agenda (vgl. ausführlicher: Leibiger 2005) zeigt neben Unterschieden auch viele Überschneidungen von marxistischem und post-keynesianischem Herangehen. Welcher Marxist wollte ernsthaft den wirtschaftspolitischen Vorschlägen linker Keynesianer nach Verkürzung der Arbeitszeit, einer gerechteren Verteilung und mehr öffentlichen Investitionen widersprechen, selbst wenn er sie für nicht ausreichend oder für unzureichend begründet hält? Freilich: Der Marxsche Ansatz scheint insgesamt breiter und umfassender als der post-keynesianische zu sein, wenn gleich auf einzelnen Feldern die Leerstellen andersherum verteilt sein mögen.

Sobald es um Fragen des Eigentums, der Macht, der Schaffung des Reichtums, der Ausbeutung und Entfremdung geht, finden sich bei Keynes und seinen Nachfolgern kaum irgendwelche Ansatzpunkte. Geht es jedoch um die konkrete Ausarbeitung einer Beschäftigungs- und Stabilisierungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer, dann zeigt sich, dass die marxistische Ökonomie auf post-keynesianische Überlegungen zurückgreifen kann oder muss. Dies ist umso mehr notwendig, als die Bereinigung der Marxschen

Ökonomie um Fehler und Widersprüche sowie eine Erweiterung und Modifizierung für die gegenwärtigen Bedingungen unumgänglich ist. Obwohl zum Beispiel die Rolle des Finanzsektors, des Staates, der Umverteilung, der gesellschaftlichen und privaten Formen des Konsums und des Sparens auch aus marxistischer Sicht vielfach beschrieben ist, fehlt meines Erachtens eine wirklich theoretische Integration in die Kritik der Politischen Ökonomie in einem Marxschen Sinne, d.h. anknüpfend an seine Analyse von Produktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Marx hatte das in dem 6-Bände-Plan seines Werkes (I. Das Kapital, II. Grundeigentum, III. Lohnarbeit, IV. Staat, V. Auswärtiger Handel, VI. Weltmarkt und Krisen) zweifellos vor, ein Plan, der nach wie vor seiner Verwirklichung harret. Es ist schwer vorstellbar, dass dies heute ohne Rückgriff auf Erkenntnisse von Keynes geschehen könnte.

Dr. Jürgen Leibiger ist Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden

Literatur

- Altwater, Elmar; Hecker, Rolf; Heinrich, Michael; Schaper-Rinkel, Petra (1999), Kapital.doc. Münster: Dampfboot
- Giddens, Anthony (2006), Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Friedrich Ebert Stiftung, März 2006
- Hein, Eckhard; Heise, Arne; Truger, Achim (Hg.) (2003), Neu-Keynesianismus. Marburg: Metropolis
- Hobsbawm, Eric (1999), Der Tod des Neoliberalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 1/1999
- Marx, Karl (1972a), Das Kapital, Band I. Berlin: Dietz
- Marx, Karl (1972b), Das Kapital, Band II. Berlin: Dietz
- Laski, Kazimierz (1987), Einleitung zu: Michal Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg: Metropolis
- Leibiger, Jürgen (2005), Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und alternative Beschäftigungspolitik, Pankower Vorträge, Heft 73, Berlin: Helle Panke
- Samuelson, Paul A. (1967), Economics. Seventh Edition, New York: McGraw-Hill
- Samuelson, Paul A., Nordhaus, William D. (1987), Volkswirtschaftslehre 1, 12. Auflage. Köln: Bund
- Samuelson, Paul A., Nordhaus, William D. (2005), Volkswirtschaftslehre, 15. Auflage, Landsberg: Moderne Industrie
- Robinson, Joan (1972), The Second Crisis of Economic Theory, in: American Economic Review, P.a.P. vol. LXII 2
- Spiegel-Streitgespräch (2005), "Ich spiel doch nicht den Engels". In: Der Spiegel Nr. 36, Hamburg
- Stockhammer, Engelbert (2005), Marxsche Wert- und Krisentheorie. Ein Bericht aus dem angelsächsischen Elfenbeinturm. In: Grundrisse, Wien
- Zinn, Karl Georg (2006), Mit Keynes zu einer "anderen Wirtschaft". Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie. Beitrag zum Workshop "Keynesianische Ökonomie als alternative Ökonomie?" der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin, 24.-26.2006), Internet-Version
- Venice Summer Institute 2004: www.cesifo-group.de

Detlef Hensche

Soziale und politische Träger der alternativen Reformbewegung

I. Vor der Diskussion über politische Optionen lohnt sich ein Blick auf die Ausgangslage. Die ist nicht ohne Widersprüche.

1. Da verzeichnen wir auf der einen Seite die im Wesentlichen ungebrochene Dominanz neoliberaler Politik. Deren Perspektive ist, verkürzt, der sozialdarwinistische Umbau von Staat und Gesellschaft; deshalb ist die Kennzeichnung als "neoliberal" irreführend: Umverteilung und Deregulierung gehen Hand in Hand mit dem Ausbau des staatlichen Kontroll- und Zwangsapparates zulasten der Opfer.

Als Akteure, Träger und Interpreten dieser Politik präsentieren sich

- eine faktische Allparteien-Koalition, nimmt man einmal die Linkspartei aus;
- die in der veröffentlichten Meinung omnipräsenten wissenschaftlichen Berater und Experten sowie beträchtliche Teile der hochschulgebundenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie
- beinahe sämtliche Medien, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen.

Natürlich gibt es Alternativen zum offiziellen Einheitsdenken. Als Beispiel sei die Gruppe Alternative Wirtschaftswissenschaftler erwähnt. Doch in der öffentlichen Wahrnehmung, die wiederum nicht unwesentlich durch die Medien geprägt ist, sind sie eher an den Rand gedrängt.

Diese Homogenität der herrschenden Meinung scheint in der Bundesrepublik stärker ausgeprägt, als in vergleichbaren anderen Ländern; zumindest sind die Wirtschaftswissenschaften andernorts nicht in dem Maße dogmatisch erstarrt wie hierzulande. Wie jede Orthodoxie zeigt sich die herrschende Meinung resistent gegen die Versuchungen der Empirie. Die Folge sind skurrile Irrationalitäten, die beispielsweise in dem Gutachten des Sachverständigenrats hervortreten. Zwar hat er sich inzwischen nicht der Erkenntnis verschließen können, dass ein wesentlicher Faktor der ökonomischen Stagnation in der Schwäche der Binnennachfrage zu suchen ist; dies hindert das selbe Gremium jedoch in seiner Mehrheit nicht, unbeirrt auf Sparhaushalt und Kostensenkungs-Programmen zu bestehen, die die beklagte Misere nur noch verschärfen. Die Beispiele ließen sich vermehren.

2. Auf der anderen Seite hält eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung an den bestehenden sozialstaatlichen Bindungen und Sicherungen fest, ist also keineswegs von Sinn und Nutzen der seit Jahren betriebenen

Politik überzeugt. Die Mehrheit erblickt in der Senkung der Lohnnebenkosten weder für sich selbst Vorteile, noch vermag sie damit die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze zu verbinden. Die Mehrheit sieht im Abbau arbeitsrechtlichen Schutzes keinen Fortschritt. Die Mehrheit beurteilt die Auszehrung der öffentlichen Infrastruktur skeptisch bis ablehnend. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme zugunsten privater Versicherung wird kaum oder nur zögernd nachvollzogen. Dies offenbaren regelmäßige Meinungsbefragungen, beispielsweise die des linker Anwendungen unverdächtigen Instituts für Demoskopie in Allensbach; danach liegt die sozialstaatlich orientierte Mehrheit der Bevölkerung zwischen 65 und 78 % – je nach thematischem Schwerpunkt der abgefragten Agenda. Die Zahl derer, die nicht zur Wahl gehen, wächst von Wahl zu Wahl; der SPD kehren unverändert die Mitglieder den Rücken, neuerdings auch der CDU. Trotz jahrzehntelang andauernder Massenarbeitslosigkeit erweisen sich die Gewerkschaften immer noch als handlungsfähig; hier und da gelingt es, die Menschen zu mobilisieren, auch unabhängig von Tarifkonflikten. Noch deutlicher zeigt sich dies freilich im Ausland, beispielsweise in Frankreich; dies scheint mir jedoch weniger mit nationalen Mentalitäten als mit dem konkreten Verhalten der zu gesellschaftlicher und sozialer Opposition berufenen Kräfte zusammen zu hängen.

Kurzum, der demokratische Lämmel spielt nicht mit, jedenfalls nicht so, wie es von Oben erwartet wird. Nur so erklärt sich ja auch die Inbrunst, mit der präsidentiale Ruck-Reden gehalten werden, mit der die "Profis der Nation" keine Mühen und Kosten scheuen, die Stimmung aufzuhellen, jüngst in der Kampagne "Du bist Deutschland" und im (nicht gänzlich erfolgreichen) staatsmedialen Spektakel der Fußballweltmeisterschaft. Die Beispiele ließen sich vermehren. Der Befund ist durchaus erfreulich: trotz erheblichen Aufwands und trotz täglicher millionenschwerer Auflage hat die herrschende Doktrin und ihre Begründung die Mehrheit der Köpfe noch nicht erreicht, von den Herzen ganz zu schweigen.

3. Wenn Hegemonie darin besteht, dass Ideen und Dogmen der Herrschenden für die Mehrheit der Bevölkerung bewusstseinsprägend sind, ist es zumindest verfrüht und fahrlässig, von neoliberaler Hegemonie zu sprechen.

Richtig ist, dass die Angehörigen des offiziellen Politikbetriebes, die in den Medien den Ton angeben und die Angehörigen der herrschenden wirtschafts-

und gesellschaftswissenschaftlichen Schulen sich einem Einheitsdenken unterworfen haben, das – nebenbei – ja auch in sich durchaus schlüssig ist, wenn man es nicht mit der sozialen und ökonomischen Realität in Berührung bringt. So zeichnen sich ja auch die Träger dieser Schicht, mitunter als "politische Klasse" bezeichnet, durch eine effektive Abschottung gegenüber der sozialen Wirklichkeit aus. Fast könnte man von einer Parallel-Gesellschaft der oberen 15 Prozent sprechen.

Doch richtig ist ebenso, dass dieses Weltbild unten, jedenfalls bei der Mehrheit nicht angekommen ist.

Zugleich sei allerdings betont: mehrheitliche Haltung heißt nicht: aktive Widerständigkeit und Handlungsbereitschaft. Ablehnung oder zumindest Skepsis gegenüber den offiziellen Politikangeboten haben nicht etwa dazu geführt, dass soziale und ökonomische Alternativen derzeit mehrheitsfähig sind. Ja, die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass aus der Mischung von Wahlenthaltung, Rückzug und Verdrossenheit rechtsextreme Antworten Verbreitung finden können.

Zusammengefasst erleben wir also zwei Welten:

- Oben ein selbstreferenzielles System neoliberaler Dogmen, immun gegen Fakten, erfindungsreich in allen Facetten des Akzeptanz-Managements;
- Unten dagegen Abwehr und Verdrossenheit, zum Teil Resignation und nicht zuletzt Zukunftssorgen.

II. Diese Lage sollte Ausgangspunkt für alternative Strategien sein.

1. Das heißt allgemein: Es gilt, die vorstehend geschilderte gespaltene Lage zu nutzen. Wenn und weil für die Herrschenden Akzeptanz zum Problem wird, sollten wir alles daran setzen, dieses Problem zu verschärfen.

Allgemein lässt sich der Auftrag einer oppositionellen Bewegung dahin zusammenfassen, dass es Not tut,

- Aufklärung zu bewirken,
- Konfliktbereitschaft und Gegenmacht zu entwickeln und
- inhaltliche Alternativen zu entwickeln.

2. Um mit dem letztgenannten Punkt zu beginnen: Die Alternativen sind anspruchsvoll. Im Kern geht es auf beinahe allen Feldern um das Gegenteil dessen, was wir gegenwärtig an neoliberaler Politik erdulden: zum Beispiel um Arbeitszeitverkürzung statt -verlängerung, Re-Kommunalisierung statt Privatisierung, Steuererhöhungen zulasten der sog. Leistungsträger und besser Verdienenden statt Steuersenkung, Erhöhung der Staatsquote statt Verringerung, Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur statt Verwahrlosung und Privatisierung, Erhöhung der Masseneinkommen statt Lohndrückerei, Verbreiterung der sozialen Sicherungssysteme auf der Grundlage

von Rechtsansprüchen, die sich am erarbeiteten Lebensstandard orientieren, statt Privatisierung und Reduzierung auf Armenfürsorge, um Verstärkung des arbeitsrechtlichen Schutzes statt unbegrenzter Verfügbarkeit der Arbeitnehmer.

Für solche Ziele gilt es, das soziale und gesellschaftliche Protestpotenzial zu erhöhen sowie oppositionelle Kräfte im Parlament zu stärken.

3. Im Einzelnen: Was die konkreten Aufklärungs- und Konfliktfelder gesellschaftlicher und sozialer Bewegungen angeht, sei am Beispiel aktueller Probleme benannt:

- Die Linke ist herausgefordert, die *soziale Sicherung* zu verteidigen und auszubauen; natürlich gibt es Reformbedarf, nur weist er in die entgegengesetzte Richtung, verglichen mit der dominierenden Abbaupolitik. Dabei tut es gut, immer wieder daran zu erinnern: die soziale Sicherung ist etwas gänzlich anderes, als etwa die Verteidigung überkommener Besitzstände. Nicht Sorge haben zu müssen vor Altersarmut, also den Kindern auf der Tasche zu liegen, bei Arbeitslosigkeit nicht die Wohnung und das Stadtviertel wechseln zu müssen, bei Krankheit und Invalidität nicht ins Bodenlose zu fallen – dies alles ist ein Unterpfand sozialer und gesellschaftlicher Freiheit. Sich auf unverbrüchliche Tarifverträge verlassen zu können, handlungsfähige Betriebs- und Personalräte zur Seite zu wissen, gehört zum aufrechten Gang im Betrieb.

- Einrichtungen der *öffentlichen Infrastruktur* sind zu verteidigen und auszubauen; eine Politik, die öffentliche Güter den Gesetzen von Kaufkraft und Rendite, Angebot und Nachfrage unterwirft, verabschiedet sich vom verfassungsrechtlich gebotenen Gleichheitsprinzip.

- Die Erhaltung einer *lebenswerten Umwelt* und der pflegliche Umgang mit natürlichen Ressourcen ist notwendig, auch im Interesse der volkswirtschaftlichen Zukunftssicherung.

- Die Einführung von *Studiengebühren* setzt den Kurs einer schleichenden *Privatisierung der Hochschulen* fort zugunsten einer unverhohlenen Elite-Förderung.

- Die *finanzmarktgetriebene Rendite-Politik* einzelner Konzerne und Unternehmen hat ein Ausmaß erreicht, das nicht nur sozial unerträglich ist, sondern auch einer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung im Wege steht. Dieses gilt es nicht nur zu skandalisieren, sondern auch durch eigene Reformvorschläge zu beantworten, wie etwa die ver.di-Forderung nach Kündigungsverbot, wenn ertragreiche Betriebe geschlossen werden sollen.

Wohlgemerkt, dabei handelt es sich nur um beispielhaft aufgezählte Felder, die uns aufgrund herrschender Abbaupolitik aufgegeben sind, auf denen wir zugleich Alternativen entwickeln müssen. Zu alledem gesellt sich die Notwendigkeit, sozialen Protest und die Entwicklung inhaltlicher Alternativen grenzüber-

schreitend, zumindest im Schulterschluss mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Europa abzustimmen.

4. Welche Handlungsoptionen und -notwendigkeiten sich im Einzelnen stellen, will ich im Folgenden am Beispiel der Gewerkschaften erläutern.

Dass es derzeit nicht gut um die Gewerkschaften bestellt ist, ist eine vielfach kolportierte Binsenweisheit. Das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten der Unternehmer verschoben; dies ist ja u.a. auch Sinn des neoliberalen Umbaus.

Im Einzelnen gilt es zu unterscheiden:

a) Es gibt objektive Faktoren gewerkschaftlicher Schwäche. Allen voran rangiert die Arbeitslosigkeit. Man kann es fast zu den Gravitationsgesetzen der sozialen Auseinandersetzungen zählen, dass Gewerkschaften geschwächt werden, wenn ihre aktuellen und potenziellen Mitglieder Angst um ihre Arbeit haben. Wenn es gewerkschaftliches Lebensgesetz ist, die Konkurrenz in den eigenen Reihen auszuschließen, ist diese Plattform brüchig, sobald Arbeitslosigkeit die abhängig Beschäftigten in Konkurrenz zueinander treibt, einzelne Beschäftigte wie ganze Belegschaften. Unterbietungs-Wettbewerb zu verhindern, wird schwer.

Dennoch bleibt auf der anderen Seite festzuhalten: Obwohl diese Gesellschaft nunmehr über den Zeitraum einer ganzen Generation unter anwachsender Massenarbeitslosigkeit leidet, sind die Gewerkschaften bis heute handlungsfähig geblieben. Die Streiks der letzten Monate haben dies nochmals unter Beweis gestellt. Gleiches gilt für die neuartige Auseinandersetzung aus Anlass von Betriebsstilllegungen. Schließlich haben die Gewerkschaften politisch interveniert, zum Teil mit Erfolg, wie etwa der Konflikt um die europäische Dienstleistungsrichtlinie oder die durch den Streik der Hafentarbeiter abgewendete europäische Privatisierungsvorgabe für Entladearbeiten bewiesen haben.

b) Das alles darf uns freilich nicht hindern, auch subjektive Faktoren gewerkschaftlicher Schwäche im Blick zu behalten. Nicht jede Verschiebung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ist Ergebnis objektiver, also letztlich nicht vermeidbarer Entwicklungen. Andernfalls könnten wir uns vom Anspruch auf politische Gestaltung verabschieden. Nein, auch eigene Versäumnisse gilt es festzustellen und aufzuarbeiten. Allgemein drängt sich der Eindruck auf, dass die Gewerkschaften die ihnen aufgezwungenen Konflikte mitunter nicht bis zum Letzten ausgereizt haben.

Auch hier einige Beispiele:

■ Vergleicht man als deutscher Gewerkschafter die europäische Tariflohn-Entwicklung, stellt man fest, dass die Bundesrepublik Schlusslicht im europäischen Vergleich ist. Nicht nur, dass es in den letzten zwölf Jahren nur dreimal gelungen ist, den objektiv gegebenen Verteilungsspielraum, zusammengesetzt aus

Inflationsrate und Produktivitätsfortschritt, auszuschöpfen; nicht nur, dass wiederholt noch nicht einmal der Inflationsausgleich erreicht wurde. Noch ärgerlicher sticht in die Augen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Ländern der Europäischen Union wesentlich erfolgreicher abgeschlossen haben. Wir müssen ehrlicherweise feststellen, dass ein Teil der von Jahr zu Jahr wachsenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch lohnpolitischer Dumping-Konkurrenz zuzuschreiben ist.

■ In den letzten Monaten war ver.di wiederholt zur Verteidigung der tarifvertraglichen Arbeitszeit herausgefordert. In einzelnen Branchen durchaus mit Erfolg, wie etwa in der Druckindustrie. Doch auch die jüngste Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst hat gezeigt, dass das Thema Arbeitszeit durchaus mobilisierungs- und streikgeeignet ist. Schon vor Jahren haben uns die französischen Kollegen vorge-macht, dass der dort erreichte Stand der gesetzlich eingeführten 35-Stunden-Woche nicht beliebig zurück genommen werden kann; er wurde bisher mit Erfolg verteidigt. Das Beispiel widerlegt die in den letzten Jahren vielfach unhinterfragt vertretene These, dass wir gegenüber dem inflationären Ansinnen, Arbeitszeit-Verlängerungen hinzunehmen, wehrlos seien. Das Gegenteil ist jüngst bewiesen.

■ Dass die Proteste gegen die Hartz-Gesetzgebung nur halbherzig waren, ist wiederholt kritisiert worden. Dabei haben die Demonstrationen im April 2004 unter Beweis gestellt, dass die Hartz-Gesetzgebung auf breite Empörung stößt. Man fragt sich heute noch, aufgrund welcher politischer Erwägungen der Protest in der sog. Sommerpause abgebrochen wurde.

■ In anderen Fragen waren gewerkschaftliche Positionen nicht immer widerspruchsfrei; ich erinnere daran, dass die Gewerkschaften Mitte der 90er Jahre, als zum ersten Mal der Schlachtruf nach Senkung der Lohnnebenkosten laut wurde, in diesen Chor eingestimmt haben, nicht wissend, welchen Tiger sie reiten; als in einem feierlichen Staatsakt die Ergebnisse der Hartz-Kommission präsentiert wurden, erklärte der DGB zwar, dass manches kritikwürdig sei, doch: Die Grundrichtung stimme! Dabei wäre genau die umgekehrte Bewertung vonnöten gewesen: Es mag ja manches Detail diskussionswürdig sein; entscheidend war und ist, dass die Grundanlage völlig inakzeptabel ist. Als im vergangenen Jahr der Entwurf eines Europäischen Verfassungsvertrages zur Abstimmung stand, hat auch der DGB seine Zustimmung signalisiert; man kann zur Entlastung der Beteiligten nur unterstellen, dass niemand den Entwurf gelesen hat. Und wir wollen hoffen, dass die Abstimmungsergebnisse in Frankreich und in den Niederlanden zum Nachdenken anregen.

Genug der Beispiele. Sie sollen deutlich machen, dass oftmals durchaus ein weiterer Spielraum zur sozialen und politischen Gestaltung besteht, aber mitunter nicht genutzt wird.

c) Gewerkschaftlicher Handlungsbedarf stellt sich vornehmlich im ureigensten Feld, der *Tarifpolitik* wie der *Betriebsarbeit*. Hier schlagen objektiv bedingte Beeinträchtigungen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit unmittelbar durch. Und umgekehrt gilt: Hier muss sich gewerkschaftliche Stärke bewähren. Gewerkschaften, die in den Betrieben nicht mehr präsent sind, die nicht in der Lage sind, die Interessen ihrer Mitglieder durch verbindliche Tarifverträge wahrzunehmen, fallen auch gesellschaftlich und politisch als Autorität aus.

Dennoch bedingt sich beides:

Ohne Wahrnehmung des *politischen Mandats* lassen sich auch die Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns nicht verbessern. Wer erinnert sich nicht an die üblichen Appelle, sei es zum 1. Mai, sei es zur Eröffnung von Gewerkschaftstagen: die Gewerkschaften müssten politischer werden! Das ist zweifellos richtig, war jedoch meist am 2. Mai und am Kongress wieder vergessen. Das konnte man so lange hinnehmen, als die gewerkschaftliche Tarifpolitik und die Betriebsarbeit ganz wesentliche Grundlagen zur allgemeinen Wohlstandssteigerung gelegt haben. Heute dagegen müssen wir feststellen, dass unter dem Druck wachsender Massenarbeitslosigkeit Gegenwehr in den angestammten Feldern gewerkschaftlicher Arbeit erschwert ist. Mit anderen Worten: Wenn die Gewerkschaften in der Betriebsarbeit wie in der Tarifpolitik die Arme wieder frei bekommen wollen, müssen sie gleichzeitig massiv Einfluss auf die politisch gesetzten Rahmenbedingungen nehmen.

Auch dies will ich an einigen Beispielen erläutern:

Es gehört zum notwendigen Realismus festzustellen, dass die Betriebe und Sektoren, in denen die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind, menschenwürdige Mindestbedingungen abhängiger Arbeit durchzusetzen, zunehmen. Zonen abhängiger Arbeit zu Armutslöhnen weiten sich aus. Von selbst ist hier kaum eine Umkehr zu erwarten. Nicht zuletzt deshalb ist es überfällig, endlich von einem gewerkschaftlichen Tabu Abschied zu nehmen: Löhne, auch Arbeitszeit, seien allein der tarifautonomen Gestaltung überantwortet. Nein, wenn wir den eigenen Auftrag ernst nehmen, Menschen vor unwürdigen Arbeitsbedingungen zu schützen, so muss dies in die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn münden. Es gibt aus gewerkschaftlicher Sicht keinen Grund, der diesem, im Ausland durchaus erfolgreichen Instrument entgegentünde.

Wenn wir in den letzten Jahren wiederholt herausgefordert waren, uns gegen willkürliche Standort-Schließungen zur Wehr zu setzen, signalisiert dies auch eine behutsame Erweiterung des gewerkschaftlichen Arbeitskampf-Feldes. Bisher ging es vornehmlich um die Durchsetzung sog. Sozialtarifverträge; sie bewegen sich gegenständlich noch in den herkömmlichen Bahnen erstreikbarer Tarifverträge. Doch je länger, je mehr, stoßen wir an Grenzen, die in Europa

einmalig sind. Zu den hierzulande entwickelten Streik-Restriktionen gehört u.a. die In-Einssetzung von Arbeitskampf und Tarifvertrag: Nur um tarifvertragfähige Ziele und Gegenstände könne gestreikt werden. Dies, obwohl die europäische Sozialcharta einen wesentlich weiteren Streikbegriff kennt, durchaus in Übereinstimmung mit den Arbeitsrechts-Ordnungen rings um uns herum. In Sachen Arbeitskampf-Freiheit ist die Bundesrepublik europäisches Entwicklungsland. So wäre durchaus daran zu denken, in Übereinstimmung mit Arbeitskampf-Recht und -Praxis in anderen europäischen Ländern, auch Unternehmensentscheidungen, wie beispielsweise Investitionen oder Standort-Verlagerungen oder -Schließungen, zum Thema kollektiver Auseinandersetzung zu machen. Gleiches gilt für den hierzulande tabuisierten politischen Streik.

Zur Wahrnehmung des politischen Mandats gehört auch die überfällige Europäisierung sozialer Konflikte. Neoliberale Politik stößt die Gewerkschaften in allen europäischen Ländern vor identische Probleme. Dem Deregulierungs-Zugriff sind in gleicher Weise arbeitsrechtliche Positionen wie soziale Sicherungssysteme ausgeliefert. Dies alles sind Binsenweisheiten. Die notwendige Antwort muss darin liegen, auch den sozialen Widerstand grenzüberschreitend zu organisieren. Die europäischen Aktionstage des letzten Jahres waren sicherlich ein erster Ansatz.

Zur Europäisierung gehört freilich auch, sich die Erfahrungen unser Kollegen im Ausland zunutze zu machen; es ist eine außerordentlich spannende Frage, was im Einzelnen zu dem beachtlichen Erfolg der französischen Jugend und Gewerkschaften beigetragen hat, das Ersteinstellungs-Gesetz wieder außer Kraft zu setzen.

Neoliberale Politik ist erfolgreich in dem Maße, in dem es ihr gelingt, die Opfer zu spalten. Ein solches Polarisierungs-Potenzial bietet das, was die SPD seit Jahren als "Politik der Mitte" propagiert. Schröder wurde noch deutlicher, indem er die Leistungsträger der Nation in den Vordergrund geschoben hat. Wir wollen jetzt nicht über die wahltaktischen Hintergründe und Fehleinschätzungen dieser Strategie resümieren. Die Zeche zahlt die SPD von Wahltag zu Wahltag. Nein, entscheidend ist, dass die Orientierung auf Mittelschichten gleichzeitig darauf hinaus läuft, andere, die bereits herausgefallen sind, endgültig auszugrenzen und der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entziehen, sie bestenfalls zum Objekt mildtätiger Fürsorge zu degradieren.

Ich erwähne dies deshalb, da Gewerkschaften von Natur aus für derartige Differenzierungen anfällig sind. Immerhin sind ihre Mitglieder typischerweise abhängig Beschäftigte, die aktuell in Lohn und Brot stehen. Arbeitslose sind eher die Minderheit. Darüber hinaus dominieren in den Gewerkschaften Beschäftigten-Gruppen wie qualifizierte Facharbeiter, Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, die bisher eher mittelbar von Sozialabbau und wirtschaftlichem Nie-

dergang betroffen waren. Sozialhilfe-Empfänger stehen nicht im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aufmerksamkeit. Dies feststellen heißt nicht etwa, vorschnell moralische Urteile zu sprechen. Akzentuierung und Prioritäten gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung hängen zunächst einmal davon ab, wer sich artikuliert, wer in den Gremien die Mehrheiten bildet und woher die Mehrzahl der Aktiven und der Funktionäre ihre Legitimation und ihr Weltbild beziehen.

Zugleich wissen wir jedoch, dass es zum politischen Verallgemeinerungs-Auftrag der Gewerkschaften gehört, derartige Ausgrenzungen zu überwinden. Mit anderen Worten: ich plädiere für den Blick von unten. Wenn es nicht gelingt, die Interessen derer gleichgewichtig wahrzunehmen, die bereits aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt wurden, die als Langzeitarbeitslose kaum noch eine Chance auf Rückkehr haben, verlieren die Gewerkschaften nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern bleiben Antworten auch im Interesse derer schuldig, die noch drin sind, doch in zunehmendem Maße von lähmender Angst befallen werden, selbst arbeitslos zu werden.

Ein anderes, seit längerem diskutiertes Feld ist die Jahrzehnte lange Orientierung auf das Leitbild des männlichen Facharbeiters.

d) Was die täglichen Auseinandersetzungen angeht, sind die Gewerkschaften in Wahrnehmung ihres politischen Mandats auf Bündnispartner angewiesen. Um nicht missverstanden zu werden: Es gibt zahlreiche politische Felder, von der Privatisierung, der Einführung von Studiengebühren bis zum Generalthema einer sozial orientierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik – die Gewerkschaften wären überfordert, sämtliche Fragen allein zu schultern. Sie sind auf Netzwerke mit anderen sozialen Bewegungen angewiesen. Auch hier gibt es Nachholbedarf. Die Attitüde, andere soziale Akteure eher zu instrumentalisieren, ohne sich gleichzeitig mit anderen Sichtweisen auseinander zu setzen, sollte der Vergangenheit angehören. Ja, zur Kultur einer linken Strategie gehört es, die Vielfalt der Milieus, der Sichtweisen produktiv zu nutzen. Der Blick des männlichen Industriearbeiters spiegelt nur einen Ausschnitt der sozialen und gesellschaftlichen Realität wider. Ihn z.B. mit dem Blick der prekär beschäftigten Frau oder des sein Studium über Jobs finanzierenden Studenten zu konfrontieren und zu ergänzen, kann nur nützlich sein.

Schließlich zwingt das politische Mandat dazu, die Rollen der politischen Parteien realistisch einzuschätzen. Die Jahrzehnte lang gepflegte, gleichsam naturwüchsige Verbundenheit mit der SPD hat schon längst ihre Berechtigung verloren; mittlerweile verliert sie auch ihre Grundlage. Hier haben wir eine durchaus erfreuliche Emanzipation festzustellen, wengleich sie noch nicht abgeschlossen ist. Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, dass die SPD seit einigen Jahren aktiv den neoliberalen Umbau der Gesellschaft betreibt. Die lange Zeit angebotene Differen-

zierung zwischen Regierungshandeln auf der einen und Parteipolitik auf der anderen Seite trägt nicht mehr. Auch die Partei stützt die neoliberale Wende, wie spätestens bei der breiten Zustimmung zur Agenda 2010 unter Beweis gestellt wurde.

Das alles bedeutet natürlich nicht, dass die SPD nicht weiterhin Gesprächspartner, hier und da auch durchaus Kooperations-Partner sein kann. Gleiches gilt übrigens für andere Parteien auch. Nur, die fest gefügte Unterordnung gewerkschaftlichen Handelns, namentlich auf den Feldern, die wir dem sog. politischen Mandat zuordnen, hat ihre Berechtigung verloren – so sie denn jemals berechtigt war.

Die Betrachtung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu politischen Parteien muss notwendigerweise die neue Links-Partei einbeziehen. Immerhin haben es die Wähler bewirkt, dass nunmehr seit langem erstmals eine Opposition zum neoliberalen mainstream im Parlament zu vernehmen ist. Gleich wie man zu der Partei bzw. den beiden Parteien steht – allein ihre Präsenz ist eine Chance für alle, die Opfer der bisherigen Politik waren und sind. Vollends gilt dies für die Gewerkschaften, die einen unverkrampften Umgang mit der Links-Partei pflegen müssen.

Dr. Detlef Hensche war bis 2001 Vorsitzender der IG Medien; seitdem arbeitet er als Rechtsanwalt in Berlin.

Leo Mayer

Nationale Reformen im globalen Kapitalismus

Ich möchte ein Zitat aus der Süddeutschen Zeitung vom 22. Mai 1996 voranstellen. In einem Kommentar zur damaligen Debatte zum Sozialabbau und der Umverteilung von unten nach oben heißt es:

"Der globale Wettbewerb diktiert seine Bedingungen, und die bürgerlich-liberale Koalition beugt sich ihnen Stück für Stück. Und die Sozialdemokratische Partei beugt sich, widerstrebend, mit. Was bleibt ihr, außer Rückkehr zum Klassenkampf, auch übrig." (Südd. Zeitung, 22.5.1996)

Ich denke, in diesen wenigen Sätzen sind Problem und Ausweg prägnant benannt; ebenso, warum dabei nicht auf die SPD zu setzen ist.

In meinem Beitrag geht es um die Spielräume für Reformen im globalen Kapitalismus. Ich betrachte den Kampf um Reformen auch unter den heutigen Bedingungen als unumgänglich, um die zerstörerischen Wirkungen des neoliberalen Kapitalismus einzudämmen und den Weg zu seiner Überwindung zu öffnen. Ich betone dies deshalb, weil es möglicherweise durch meinen Beitrag zu Missverständnissen kommen könnte. Denn bei der Frage nach Reformen im globalen Kapitalismus zeigen uns die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, dass es nicht mehr gelungen ist, progressive Reformen durchzusetzen, dass das Handeln und die Aktivitäten der sozialen Bewegungen ohne sichtbare Wirkungen für die politischen Entscheidungen der Herrschenden geblieben sind.

■ Trotz einer weltweiten Bewegung gegen den Krieg, wurde der Krieg gegen den Irak geführt.

■ Trotz großer Mobilisierungen in verschiedenen Ländern Europas zur Verteidigung sozialer Rechte und der Arbeitsrechte, gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums und der sozialen Sicherungssysteme, gegen die Deregulierung der Arbeitsmärkte wurden die meisten Kämpfe verloren. Im besten Fall konnte das Tempo der neoliberalen Umstrukturierung verringert werden. Selbst Erfolge wie die Ablehnung der EU-Verfassung durch die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden oder die Abwehr der EU-Richtlinie zur Deregulierung der Hafendarbeit geben nur eine Atempause.

■ In Deutschland hat die IGM im Jahr 2003 mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland erstmals in 50 Jahren einen Streik verloren. Das war der Auftakt, zu einem Angriff auf ganzer Linie, die 35-Stunden-Woche zurückzurollen, die Arbeitszeit total zu flexibilisieren und die Löhne zu senken. Der Angriff der Landesregierungen auf Arbeitszeit, Bezahlung und den Flächentarifvertrag im Öffentlichen Dienst liegt auf dieser Linie.

■ Obwohl heute die Arbeitsproduktivität so stark wie nie zunimmt, wird der dadurch erzeugte Überschuss an gesellschaftlichem Reichtum dem Mechanismus der Umverteilung entzogen. Die globalen Renditevorgaben durch die Finanzmärkte und die Orientierung auf den Weltmarkt bewirken, dass das transnationale Kapital jede Investition in die Gesellschaft bekämpft, weil sie als inakzeptabler Entzug von Ressourcen betrachtet wird, die für den Überlebenskampf auf dem Weltmarkt benötigt werden.

Auf diese Weise wächst die Kluft zwischen Arm und Reich und es wird unaufhörlich die gigantische Masse des auf dem Globus anlagesuchenden Kapitals gespeist.

Die alte Weisheit des fordistischen Zeitalters, dass Autos keine Autos kaufen, hat für die hierzulande dominierenden Konzerne und die politikbestimmenden Wirtschaftseliten jeden Wert verloren. Für die Konzerne ist der Produktionsstandort zum ausschließlichen Kostenfaktor geworden. Je erfolgreicher man diesen zu minimieren versteht, desto höher die Chance, auf anderen Märkten andere Konkurrenten nieder zu zwingen, um so selbst dort zu wachsen, wo die Nachfrage stagniert.

So ist die wachsende und sich verfestigende Armut und die Vermarktlichung/Flexibilisierung der Arbeitskraft ein struktureller und funktioneller Bestandteil dieses auf den Weltmarkt gerichteten Modells.

Diese Entwicklungen führen zu der Schlussfolgerung, dass die Logik bzw. Regulationsweise des heutigen, globalen Kapitalismus inkompatibel ist mit sozialen und demokratischen Zugeständnissen und Reformen.

Vom Sozialstaatskompromiss ...

Natürlich mussten soziale Rechte, kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne immer – zum Teil über durchaus auch harte Verteilungskonflikte – gegen die Unternehmer erkämpft werden. Aber wenn sie erkämpft waren, dann konnten sie in das Regulierungsmodell bzw. in die Logik des Nachkriegskapitalismus eingebaut werden. Und sie waren damit in den folgenden Auseinandersetzungen der Ausgangspunkt für weitere Verbesserungen.

Denn diese Verbesserungen und Reformen waren Bestandteil des Regulationsmodells des Kapitalismus der Nachkriegszeit. Die sozialstaatliche Regulierung hatte nämlich nicht nur einen sozialpolitischen Aspekt (Absicherung in Notfällen), sondern durchaus auch eine ökonomische Funktion: die Erhöhung der Reallöhne im Maße des Produktivitätsfortschritts und

die Sicherung der Masseneinkommen auch in konjunkturellen Schwächeperioden, bei Krankheit und im Alter verhinderte eine stärkere Absenkung der stark auf den Binnenmarkt orientierten Kapitalverwertung und ermöglichte eine zügige Ausbreitung einer der fordistischen Massenproduktion entsprechenden Lebens- und Konsumweise.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte bedeutende soziale Errungenschaften und Zugeständnisse von Seiten des Kapitals erkämpfen; immer mit einem Kampf und einer politischen Orientierung innerhalb des kapitalistischen Systems. Ein ganzes Geflecht von Tarifvertragssystem, Sozialsystemen, Sozialgesetzgebung, Betriebsverfassungsgesetz, etc. wurde zur institutionellen Absicherung dieser Suche nach dem sozialen Kompromiss und zur Entschärfung von Klassenkonflikten entwickelt.

Basierend auf dynamischem Wirtschaftswachstum, stärkerer Binnenmarktorientierung, einem staatlichen Sektor und staatlicher sozialer Regulierung – und durchgesetzt und vermittelt durch den gewerkschaftlichen Kampf und nicht zuletzt der Systemkonkurrenz – bestand ein Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und sozialem Fortschritt.

Aber es war eben eine ganz bestimmte historische Konstellation – geprägt von den inneren ökonomischen Bedingungen wie auch den äußeren der Systemkonkurrenz –, auf deren Basis der sozialstaatliche Klassenkompromiss möglich war. Beide Aspekte treffen heute nicht mehr zu.

... zur sozialen Konfrontation

Mit der Entwicklung des Weltmarktes zum einheitlichen Feld der kapitalistischen Konkurrenz, mit der Herausbildung Transnationaler Konzerne als strukturbestimmendes Kapitalverhältnis (die Multis bestimmen weltweit die Bedingungen von Produktion, Handel, Investitionen, Technologie, Konsumgewohnheiten, ...), mit dem Wirken von globalen Renditevorgaben und mit dem Primat globaler Wettbewerbsfähigkeit zerbricht dieser Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und sozialem Fortschritt. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz entfällt auch die politische Notwendigkeit für Zugeständnisse.

Die Logik bzw. Regulationsweise des heutigen, globalen Kapitalismus ist inkompatibel mit sozialen und demokratischen Zugeständnissen und Reformen. Jeder Cent, jede Minute Arbeitszeitverkürzung muss nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die "Logik" des globalen Kapitalismus durchgesetzt werden.

Soziale Kompromisse widersprechen einer Logik, die auf Profitmaximierung durch globale Kostensenkung zielt und dabei auch die Zerstörung des industriellen Standortes Deutschland tendenziell in Kauf nimmt.

Wenn ich sage, dass im globalen Kapitalismus eine soziale Option nicht mehr vorgesehen ist, heißt das nicht, dass in dem einen oder anderen Fall nicht so-

ziale Zugeständnisse zu erkämpfen wären. Das ist tatsächlich eine Frage des Kräfteverhältnisses. Aber diese Zugeständnisse sind dem Modell des heutigen Kapitalismus wesensfremd. Sie werden nicht mehr integriert in die Regulationsweise des globalen Kapitalismus. Sie sind ein Fremdkörper, der so schnell als möglich wieder abgestoßen wird. Deshalb sind erkämpfte Zugeständnisse und Errungenschaften nicht mehr Ausgangsbasis für weitere Kämpfe, sondern sofort ständigen Angriffen des Kapitals ausgesetzt; das roll-back ist das Bestimmende für den neoliberalen Kapitalismus.

Relative Autonomie der Politik

In unseren Beiträgen im jüngsten isw-Report zur Vorbereitung des heutigen Forums haben wir versucht, diese These, dass sich der Spielraum für Reformen im neoliberalen, globalen Kapitalismus drastisch verringert hat, theoretisch zu untermauern. Denn die Frage, ob eine bestimmte Funktionslogik der jeweiligen kapitalistischen Produktionsweise mit Notwendigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsverfassung führt (die Regulationstheorie würde formulieren: ein bestimmtes Akkumulationsregime eine bestimmte Regulationsweise bedingt), berührt einen zentralen Punkt der politökonomischen Theorie und der politischen Strategie, der auch heute bei der Überwindung des Neoliberalismus von größter Bedeutung ist.

Letzten Endes geht es um die Frage, ob bzw. wie weitgehend eine "relative Autonomie" der politischen Ebene gegeben ist, so dass linke Kräfte gegen das in der Wirtschaft dominierende große Kapital eine "sozialere" politische Gestaltung durchsetzen können, als es der Funktionslogik des Kapitals entspricht. Die Frage ist, ob eine durch das globale Kapital dominierte, neoliberale Wirtschaft mit einer sozialen Gesellschaft kombinierbar ist. Für die Mehrzahl der Keynesianer und Regulationstheoretiker gibt es hier keinen Zweifel – selbstverständlich ja.

Rudolf Hickel, einer der bekanntesten Vertreter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe) schreibt: *"Die Vorteile einer effizienten Marktwirtschaft werden gesellschaftlich nur nutzbar, wenn dieses Wettbewerbssystem von seinen selbst erzeugten, zerstörerischen Wirkungen ausreichend geschützt wird. Diesen Schutz vor Selbstzerstörung kann aber nur staatliche Politik per Regulierungen sicherstellen Durch einzelwirtschaftliches Handeln im Gesamtsystem erzeugte Fehlentwicklungen kann nur die Politik außerhalb des Wettbewerbssystems austarieren, kompensieren bzw. vermeiden."* (Rudolf Hickel, *Die Risikospirale*, Frankfurt a.M., 2001, S. 156f.)

Häufig wird dann auf das "skandinavische Modell" verwiesen, das eine erfolgreiche Entwicklungsalternative zum neoliberal-angelsächsischen Weg darstellen würde. Aus dem Beispiel des skandinavischen Erfolgsmodells könne man dann lernen, dass der in Deutschland seit den 80er Jahren eingeschlagene Re-

formweg durch falsche Themen und falsche Strategien irregeleitet worden sei. Es ist also alles eine Frage "richtiger" oder "falscher" Politik.

Die Frage ist also, ob es nationale Entwicklungspfade geben kann, die sich den generell wirkenden Tendenzen des globalen Kapitalismus entziehen.

Ohne Frage sind die historischen und aktuellen Differenzen von Belang und zu beachten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass in allen diesen Ländern, welchen "Typus" auch immer, das neoliberale globale Akkumulationsregime fortschreitend auf die gesamte Gesellschaft durchgreift und der Begriff "Sozialstaat" großteils nur noch eine beschönigende Funktion hat. Die neoliberale Umwälzung vollzieht sich v.a. in Schweden aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse langsamer und bei größerem Widerstand als in anderen europäischen Ländern. Aber in allen Ländern nimmt der Anteil der prekär Beschäftigten und der Niedriglöhner zu. Überall geht es um Entlastung der Unternehmen, um die Privatisierung der sozialen Sicherung, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als oberstes Gebot.

Der Verweis auf das "skandinavische Modell" ist irreführend, wenn nicht gleichzeitig herausgestellt wird, dass wegen der dichteren sozialen Integration der skandinavischen Gesellschaften der Neoliberalismus sich hier nur mit einem gewissen Zeitverzug auf ganzer Ebene durchsetzt und dabei ist, den verbliebenen Spielraum zu liquidieren und jede Balance aufzuheben.

Auch diese Entwicklung bestätigt die Annahme, dass es keine stabile "Koexistenz" zwischen der neoliberalen Logik der globalen Wettbewerbsfähigkeit im Akkumulationsregime (der Wirtschaft) einerseits und sozialstaatlichen Maßstäben der Regulationsweise (v.a. in der Politik) andererseits geben kann. Der Widerspruch zwischen beiden Ebenen wird zugunsten des Akkumulationsregimes, also der Herrschaftsstruktur der Ökonomie, gelöst. Wenn es nicht gelingt, eben dort – also in den Eigentumsverhältnissen – zu substantziellen Reformen zu kommen, dann, so ist zu schlussfolgern, wird die Logik der Ökonomie die Entsprechung in Politik und Gesellschaft erzwingen.

Eine bestimmte Form der Ökonomie bedingt eben eine bestimmte Form der Politik; das eine ist jeweils die Existenzbedingung des anderen. Wobei die politische Herrschaft auf ökonomischer Herrschaft beruht und dieser entspringt. So handelt es sich beim Neoliberalismus auch nicht lediglich um eine von den Herrschenden bevorzugte Politik *"die man wechseln kann, sondern er ist eine organische Notwendigkeit des transnationalen Kapitalismus in einem bestimmten Moment."* (Osvaldo Martínez, Direktor des Forschungszentrum für Weltwirtschaft in Havanna, Zeitschrift "Cuba Socialista", Nr. 10, Havanna, 1998)

Der neoliberale Kapitalismus hat sich eine Regulationsweise geschaffen, auf die er zu seinem Funktionieren angewiesen ist. Neoliberale ökonomische Struktur und antihumane Regulation bilden eine Einheit.

Anders herum: Eine soziale Gesellschaft verlangt eine korrespondierende Ökonomie.

Diese Entwicklung bestätigt die These von Karl Marx: *"Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen."* (Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 8)

Aber er weist auch darauf hin, *"... dass dieselbe ökonomische Basis ... durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann ..."* (Karl Marx: Das Kapital, MEW Bd. 25, S. 800)

Es sind also, auch nach Marx, Varianten möglich; zwar nicht beliebig, aber in historisch bestimmten Bandbreiten; abhängig vom Klassenkampf, aber auch von der Orientierung der herrschenden Klasse im Blickwinkel internationaler Konkurrenz und Rivalität.

Wenn allerdings keynesianische Regulationstheoretiker die darauf beruhende "relative Selbstständigkeit" von Staat und Gesellschaft gegenüber der ökonomischen Struktur und auf dieser Basis die Kombination von kapitalistischer Wirtschaft und sozial gestalteter Gesellschaft behaupten, rücken sie das eigentliche Kernproblem jeder linken alternativen Strategie aus dem Blickfeld: dass alternative Reformen nur im Kampf gegen das transnationale Kapital durchgesetzt werden können und Eingriffe in die ökonomische Struktur, in die Eigentumsverhältnisse einschließen müssen.

Zu berücksichtigen ist zudem – insbesondere im globalen neoliberalen Kapitalismus –, dass es sich beim neoliberalen gesellschaftlichen Block von Beginn an um einen transnationalen Block handelt, der die transnationalen Strukturen und Institutionen gezielt zur Umwälzung der nationalen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen einsetzt. Mit dem Aufbau und der Ausdehnung supranationaler Regulierungsinstitutionen (staatlicher wie IWF, Weltbank, WTO, G7, NATO, EU, ... sowie transnationaler Nichtregierungsorganisationen wie European Round Table of Industrialists ERT, Transatlantic Business Dialogue, Internationale Handelskammer, etc. und v.a. durch die Macht der Multis und der Finanzmärkte), wird die neoliberale Strukturpolitik gegenüber den Staaten durchgesetzt und die neoliberale Hegemonie auf einer transnationalen Ebene gesichert; auch gegenüber Staaten, die mit dem Neoliberalismus brechen wollen.

Desweiteren gibt es, und das hängt damit zusammen, für eine reformorientierte Politik oder einen "neuen Gesellschaftsvertrag" – im Unterschied z.B. zum New Deal oder zur Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – keine Unterstützung durch relevante Kapitalinteressen, die mehr zu Binnenmarkt,

Staatsinterventionismus und sozialer Regulierung tendieren würden. Es existiert eine weltweite Hegemonie des transnationalen Finanzkapitals, das keinen Schritt hinter die durchgesetzte Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft zurück will; das darauf drängt, alle Hemmnisse und Barrieren für die weltweite freie Zirkulation des Kapitals zu beseitigen. Und das bereit ist, für die Erreichung dieser Ziele skrupellos alle Mittel einzusetzen – von wachsendem Zwang und Repression im Inneren bis zum permanenten Krieg und einem neuen Kolonialismus nach außen.

Das Dilemma alternativer Reformpolitik zeigt sich beispielhaft an der Position von Michael Brie, einem Theoretiker der PDS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Einerseits schätzt er ein, dass es keine *"anhaltende Balance"* zwischen Kapitalverwertungsinteressen und den Interessen der Gesellschaft geben kann. Ihm ist auch klar, dass im Neoliberalismus *"anders als im fordistischen wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus eine sozialdemokratische Strategie auf stärkste systemimmanente Grenzen (stößt)"* (Michael Brie, Die Linke – was kann sie wollen?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, S. 39). Dennoch ist er der Meinung, *"der Spielraum für Versuche einer solchen Balance (ist) noch nicht erschöpft"*. Diesen Spielraum will er mit Hilfe einer sozialdemokratischen Reformpolitik ausnutzen, der auch nach seiner Definition nicht an einer Überwindung der herrschenden Eigentums- und Machtverhältnisse gelegen ist. Aber er geht davon aus, dass man die neoliberale ökonomische Struktur der Wirtschaft mit Hilfe einer sozialdemokratischen Regulation bremsen und zähmen, es also eine längerfristige Koexistenz von neoliberaler Wirtschaft und sozialerer Gesellschaft geben könne. Die Linke könne dann, nach dieser These, in dieser Phase die Kräfte zur Überwindung des Neoliberalismus sammeln.

Aber es kann nicht von Balance die Rede sein, sondern von Konflikt in einem "Nullsummenspiel". Was das neoliberale Kapital gewinnt, verlieren die ihm heute ausgelieferten Menschen. Und umgekehrt. Angesichts der Tiefe der Widersprüche, der durch die neoliberale Globalisierung hervorgerufenen Zerstörungen und der Interessen der den neoliberalen Block dominierenden Kräfte, ist ein "sozial abgefederter Neoliberalismus" keine Alternative. Der neoliberale Block – und dazu gehört auch die Sozialdemokratie – drängt auf eine Radikalisierung des neoliberalen Umbaus, der zwangsläufig mit dem Übergang zu Zwang und autoritären Mitteln und Strukturen verbunden ist.

Die systemimmanenten Spielräume für demokratische und soziale Reformen sind weitgehend erschöpft. Der Philosoph Ralf Dahrendorf beschreibt die Situation folgendermaßen: *"Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erörterung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen. Das war im 18. Jahrhundert der Fall ... es gilt am Ende des 20. Jahrhunderts wie-*

der. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion." (nach PDS Pressedienst, Nr. 20/2005, S. 12)

Kampf um Reformen unter neuen Bedingungen

Bedeutet dies nun aber, dass wir den Kampf um Reformen – für Vollbeschäftigung, soziale Sicherung, Mitbestimmung, ... – aufgeben, weil diese ohnehin nicht durchzusetzen seien? Ganz im Gegenteil!

Trotz jahrzehntelanger neoliberaler Propaganda und neoliberaler Umwälzung hat der Sozialstaat bei der Mehrheit der Menschen immer noch einen sehr hohen Stellenwert. Mit dem Kampf um Reformen kann an diesem Massenbewusstsein und an den von der Sozialdemokratie geprägten Vorstellungen angeknüpft werden. Es geht dann aber darum, nach Wegen zu suchen, wie dieses reformistische Bewusstsein in antikapitalistisches Bewusstsein transformiert werden kann.

Zum anderen führen Forderungen nach Reformen – oder exakter: reale Kämpfe um Reformen – heute unmittelbarer an die "Systemfrage" heran. Das heißt aber auch, dass in alle Forderungen und Kämpfe um Reformen der Grundgedanke des "Systembruchs", die Notwendigkeit einer sozialistischen Umwälzung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse zu tragen ist.

Dies schließt nicht aus, sondern schließt im Gegenteil mit ein, dass die Reformalternativen nach Inhalten und zeitlichen Dimensionen zu differenzieren sind. *"Vorstellungen für längere Zeiträume müssen darauf beruhen, einen neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung anzustreben, der in den Industrieländern ohne materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensqualität, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht"*, schreibt z.B. Klaus Steinitz in seinem Buch "Chancen für eine alternative Entwicklung". (Klaus Steinitz, Chancen für eine alternative Entwicklung, S. 27, VSA-Verlag, 2005)

Aber diese Reformen sind nur durchzusetzen, wenn die politische und wirtschaftliche Macht der Multis nicht mehr der bestimmende gesellschaftliche Faktor ist. Ein "Politikwechsel" wird nicht zu haben sein, ohne zumindest die Verfügungsmacht des transnationalen Kapitals einzuschränken.

Soziale Konflikte und der Kampf um Reformen nehmen somit im heutigen Kapitalismus einen so fundamentalen Charakter an, dass soziale und demokratische Reformen enger mit der Notwendigkeit grundlegender struktureller, antimonopolistischer Umgestaltungen und einer tiefgreifenden Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind. Oder wie Oskar Lafontaine sagte: antineoliberale Politik muss antikapitalistische Politik sein.

Wer Reformen dieser Art durchsetzen will, muss sich darüber im Klaren sein, dass damit erstens die Bundesrepublik aus dem Verbund des globalen Kapitalismus heraus gelöst würde, und dass zweitens dieses Herauslösen nicht stattfinden kann, ohne dass bestehende internationale Regularien und Abhängigkeiten geändert werden.

■ Geradezu beispielhaft für die Schwierigkeit von Reformen unter den Bedingungen der kapitalistischen Internationalisierung ist das Beispiel der Linksunion in Frankreich Anfang der 80er Jahre, deren Reformvorhaben an der Investitionsweigerung der Unternehmen und der massiven Kapitalflucht scheiterten.

■ Oder der Schiffbruch, den Oskar Lafontaine als Finanzminister der ersten SPD-Grünen-Koalition erlitt. Bereits das Vorhaben einer geringfügigen Steuererhöhung für das Kapital, aber vor allem die Idee einer zaghaften Regulation der Finanzmärkte – mehr als eine Idee war es nicht und die bestand auch nur in der Einführung von Währungszielkorridoren – rief den Widerstand des transnationalen Kapitals und die Intervention der Wall Street und des damaligen US-Finanzministers Robert Rubin hervor. Die Deutsche Bank drohte mit der Verlagerung nach London und dem sofortigen Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Lafontaine trat zurück. Die SPD-Grünen-Regierung warf ihr Wahlprogramm über Bord und beschleunigte den neoliberalen Umbau in einem Ausmaß, wie es der konservativen Regierung vermutlich nicht möglich gewesen wäre.

■ Oder nehmen wir noch ein aktuelles Beispiel. In Italien hat eine Mitte-Links-Koalition die Regierung übernommen, von der zumindest ein Teil der Regierung auf strukturelle Reformen und in Richtung auf den Ausstieg aus dem neoliberalen Entwicklungsweg drängt. Jetzt wird Brüssel hoch aktiv und drängt mit einem Sanktionsverfahren auf einen Abbau des Haushaltsdefizits. Die Ratingagenturen Fitch und Standard & Poor's drohen mit einer doppelten Herabsetzung der Kreditwürdigkeit Italiens. Die Finanzmärkte werten bereits auf eine Verschlechterung des Ratings, d.h. auf höhere Zinszahlungen für die Schulden. Die Regierung soll so unter Druck gesetzt werden, die bisherige neoliberale Linie der Haushaltssanierung fortzusetzen.

Das heißt aber auch für die linken Kräfte in Europa, nicht einfach zuzuschauen, sondern in ihrem Land für ein Europa zu kämpfen, in dem die Länder einen Entwicklungsweg einschlagen können, der mit dem Neoliberalismus bricht.

Eine alternative Reformpolitik steht also vor der Aufgabe, im internationalen Bereich auf Kontrollen zu dringen, die den Durchgriff des transnationalen Kapitals auf die nationale Wirtschaft eindämmt und gleichzeitig die Ausstiegsoption – Kapitalflucht, Standort- und Arbeitsplatzverlagerung, Währungsspekulation, etc. – verlegt.

Dies dürfte gerade in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland eine riesige Herausforderung werden. Unter den großen Industrieländern weist die deutsche Wirtschaft den größten "Offenheitsgrad" auf. Export und Import von Waren und Dienstleistungen betragen 75 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Die Verflechtung mit dem globalen Finanzmarkt geht noch darüber hinaus. Im Jahr 2004 beliefen sich die Wertpapiertransaktionen Deutschlands mit dem Ausland auf über 12.000 Milliarden Euro, das Sechsfache des BIP. (siehe isw-Report 66, S. 49).

Aber es ist nicht nur die Internationalisierung von Handel und Finanzen. Gerade die Meldungen der letzten Wochen machen schlaglichtartig deutlich, wie die Konzerne die Transnationalisierung der Produktion, d.h. den Ausbau globaler Entwicklungs- und Produktionsnetzwerke vorantreiben.

Hand in Hand damit geht die Internationalisierung der Eigentumsverhältnisse. "Adieu Deutschland, der DAX haut ab", überschrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (18.1.2006) ihre Untersuchung über die großen, im Deutschen Aktienindex notierten Unternehmen. Bei 20 Unternehmen liegen mehr als 40 Prozent des Aktienkapitals in ausländischer Hand; mit zwei Ausnahmen liegt der Auslandsumsatz über 50 Prozent, bei mehr als der Hälfte sogar über 70 Prozent; bei nahezu allen ist mehr als die Hälfte der Belegschaft im Ausland beschäftigt.

Damit ist auch zweierlei klar. Weil diese Reformen in einem Land alleine kaum realisierbar sind, wird mit einem Reformprogramm dieser Art auch die Veränderung Europas auf die Tagesordnung gesetzt. Der Kampf gegen die EU-Richtlinie zur Hafearbeit, der Widerstand gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Widerstand gegen die EU-Verfassung, die Sozialforumsbewegung, die Formierung der Partei der Europäischen Linken, das sind Ansätze der Herausbildung eines grenzüberschreitenden Handelns.

Und zweitens: Wir müssen uns auf eine lange Etappe der Opposition und des Widerstandes einstellen, in der es darum geht, die Kräfte zu sammeln; die Risse in der neoliberalen Hegemonie zu verbreitern; Widerstand, Kritik und Alternativen zu entwickeln. (siehe auch isw-report Nr. 66, Alternativen zum Neoliberalismus, Kapitel "Wer soll das ändern?", S. 22)

Leo Mayer (München) ist Mitarbeiter des isw

Helden des Neoliberalismus

Satirische Einwürfe von Helmut Ruge

Blatschinger

Conférence

Blatschinger ist seit einem Jahr Staff Manager bei der "Global Select Investors Company For Black Forest Reading Books". Früher nannte man das einfach: Geschäftsführer beim Schwarzwaldbuchverlag, der vor einiger Zeit aufgekauft wurde von einer lettisch-indischen Investorengruppe unter amerikanischer Leitung, die sonst alles Mögliche herstellt, vom Schnuller bis zur Bombe, aber auch Bücher. Herausgegeben werden kriminelle Heimatromane, also Heimatroman mit Krimihintergrund. Sehr erfolgreich.

Die Produktion dieser Bücher ist heute schon auf dem höchsten Stand der modernen Arbeitsteilung. Die Buchdeckel werden in der Slowakei gedruckt, die Grammatik kommt aus Griechenland, die stories aus Brasilien, Naturbeschreibungen und deutsche Dialoge werden an einem Standort in Mecklenburg-Vorpommern hergestellt, übersetzt wird noch immer im Schwarzwald. Redigiert werden die Manuskripte in Österreich, weil die österreichischen Lektoren freiwillig auf die Honorierung der letzten zwanzig Seiten verzichtet haben. Die Romane sind hochprofitable Produkte einer modernen Vernetzungsbelletristik.

Trotzdem soll der deutsche Standort dicht gemacht werden.

Blatschinger

Da muss wieder der alte Blatschinger ran weil der Vorstandsvorsitzende, Dr. Blechschneider, lieber, mit Blumenkränzen um den Hals, in Indien neue Standorte eröffnet, statt hier vor die Belegschaft hinzutreten und ihnen zu erklären, warum dicht gemacht wird.

"Sie sind mein bester Belegschaftsbestatter" – sagt er immer zu mir, aber den Löwenanteil der Bonusaktien für die Kosteneinsparung kriegt natürlich er. Und ich kriege einen feuchten Händedruck und ein paar lumpige Genussscheine.

Halten Sie mal eine Rede in diesem aufgeheizten Klima! Beliebt ist zur Zeit das Modell Pischetsrieder. "Wer heute keine Gewinne macht, muss morgen dicht machen." – Das Blöde isch nur: Mir machen heute schon Gewinne: 25 Prozent. Aber der neue amerikanische Investor will 28 Prozent. Und darum soll die Produktion in die Hintere Mongolei verlegt werden.

Da gibt's nur eins: Die negative Botschaft positiv rüber bringen.

Blatschinger (Rede)

"Liebe Mitarbeiter, liebe Mitarbeiterinnen, Letztes Jahr stand ich schon mal hier – an diesem Standort vor Euch, um Eure Arbeitsplätze zu retten. Dafür mussten wir uns leider von der Hälfte der Belegschaft trennen. Heute bin ich wieder hier, um Arbeitsplätze zu retten."

Mir tun ja die Leute immer wahnsinnig leid, die es trifft. Ich leide förmlich mit jedem Einzelnen. Denn innerlich bin ich auf ihrer Seite. Ich werde aber nicht von ihnen bezahlt. So einfach isch des.

Sind ja immer mehr Akademiker dabei. In solchen Fällen sollte man die Rede immer noch ä bissel kulturell anreichern.

"Liebe Mitarbeiter, liebe Mitarbeiterinnen, Kulturen kommen und gehen. Wir erinnern uns an die persische, die ägyptische, die arabische, die griechische und an die römische Kultur. Aber wo eine alte Kultur untergeht, entsteht eine neue, die die Menschheit wieder weiter voran bringt.

Und diesem heilsamen Prozess des Wandels dürfen wir uns nicht mit kleinlichem Egoismus entgegenstellen. Auch wenn es für manche von uns hart ist: jetzt ist es an uns, den Stab weiter zu geben und Platz zu machen für eine gesündere, vitalere, ja auch aggressivere Weltkultur, die in Ländern und Völkern entstanden ist, die noch Hunger haben. Und nur wer Hunger hat, fletscht die Zähne und greift an. Hunger ist der Motor der Geschichte. Und diesen Motor müssen wir uns erst wieder erarbeiten."

Aber so ischts halt im Läbe: Triffts einen selber, ischt man betroffen. Triffts die anderen, hofft man, dass es die anderen weiter trifft.

In Leipzig an einer Wand am Bahnhof steht ein Spruch: "Wenn ich Du wär, wäre ich lieber ich."

Conférencier

Wir alle sind Schnäppchenjäger.

Das in der bisherigen Geschichte größte Schnäppchen für die erfolgreiche Abwicklung einer Massenentlassung hat der Amerikaner STANFORD WELLS von der Firma TRAVELLERS gemacht. Zwanzigtausend Mitarbeiter in verschiedenen Ländern der Welt hat er

ohne großes Brimborium auf die Straße gesetzt. Und dafür als Belohnung eine Prämie von 260 Millionen Dollar einstreichen dürfen.

Und da machen die Leute hier in Deutschland schon einen Aufstand, bloß weil der Esser für die Übergabe von Mannesmann an Vodafone 35 Millionen Euro Handgeld bekommen hat. Das ist dagegen fast Hartz 4 oder Hartz 5 mit Brasilienaufenthalt und Halligalli am Zuckerhut.

Die Helden 1

Früher wollte man immer Lokomotivführer oder König werden, oder Playboy, mit zwei barbusigen Starlets im Arm auf der Luxusyacht vor der Riviera-Küste kreuzen. Und das Geld vom Vater verjubeln und dabei feststellen: Das geht gar nicht. Dazu ist es viel zu viel. Das war geil. Heute ist man nüchterner. Heute will man Manager werden.

Aber sind sie nicht auch eine Pracht: Diese drahtigen, schnittigen, durchtrainierten Gestalten im Nadelstreifen von Boss oder im Kostüm von Jill Sander, mit dem in die Haut eingewachsenen Laptop, wenn sie schon im Morgengrauen, federnden Schrittes die Gangway eines Langstreckenjets hoch jumpen, sich in der business-class ihre formschönen Langstreckensocken anziehen und sofort anfangen, zu kalkulieren.

In jeder Hosentasche 10.000 Arbeitsplätze, die sie vom Ruhrgebiet nach Kasachstan verlagern. In ihren entschlossenen Gesichtszügen leuchtet schon die nächste Großfusion auf: Metro mit Wal Mart, Henkel mit Procter und Gamble.

Einem haben sie Treue geschworen bis zur letzten Dividende ... dem Aktionär. Und damit sind sie sich selber treu, denn jede neue Standortschließung oder Standortverlagerung spült ihnen neue Bonusaktien auf ihr persönliches Depot.

Manche von ihnen spielen zum Ausgleich mit Chefärzten in Kammerquintetten Cello. Andere lassen sich von peitschenden Dominas in schwarzes Lackleder für die nächsten Einsätze stählen.

Und wenn sie still in sich hinein lachen, lachen sie über unsere Politiker.

"Sollen die doch ruhig die Lohnnebenkosten per Gesetz um ein bis zwei Punkte absenken. Deshalb kostet trotzdem die durchschnittliche Arbeitsstunde in Deutschland immer noch 15 Euro, aber in Kasachstan 50 Cent. Und da fliege ich gerade hin." Aber so haben unsere Politiker wenigstens was zu tun.

Zu was braucht man überhaupt noch Politiker? – Gut für Kabarettisten, die an der Frisur von Angela Merkel hängen geblieben sind.

Man fragt sich überhaupt, warum unsere Politiker nicht gleich in den Konzernzentralen Dienst machen als gut bezahlter Portier. Da können sie immer schön

grüßen. Mehr können sie heute auch nicht. Und der Ackermann sagt sich schon lange: *(Schweizer Dialekt)* "Mir ist es schnurz-piep egal, wer unter mir regiert!".

Helden 2

Der Lothar Späth und der Gerhard Schröder, die sind doch froh, dass sie den Sprung in die Wirtschaft geschafft haben. Genau wie der Otto aus Bayern, der jetzt auch Geld wie Heu verdient. Drum heißt er auch Wiesheu. Au, Kalauer! Ist mir beim Becks-Bier eingefallen, Beckstage... Ok!

Von den dreien, würde doch keiner mehr freiwillig in die Politik zurückgehen. Vater G. Bush würde doch auch nie wieder Präsident werden wollen, selbst wenn er könnte. Der ist doch froh, dass sein Sohn das jetzt macht. Der Vater sitzt heute ganz relaxt, als Cheflobbyist bei der Firma CARLYLE, die fette Anteile an den Waffenschmieden LOOKHEED und MODERN TECHNOLOGIES hält. Und immer, wenn der Sohn den Verteidigungsetat der USA erhöht, klingelt bei Vatern die Kasse. Das macht Spaß. Da kommt Freude auf.

Und warum soll die Wirtschaft eigentlich nicht gleich den Staat ganz übernehmen? Die Ministerien werden aufgeteilt auf die größten Firmen des Landes. Die Deutsche Bank übernimmt das Kanzleramt und macht aus dem ganzen deutschen Staatsgebiet einen geschlossenen Immobilienfonds. Siemens übernimmt das Außenministerium, weil Siemens das meiste sowieso im Ausland produziert. Und die größte Waffenschmiede Kraus Maffei und EADS übernimmt das Verteidigungs-Ministerium. Da können die die Waffen gleich bei sich selber bestellen, was den ganzen Zwischenhandel mit den Abgeordneten überflüssig macht. Und man muss nicht dauernd pensionierte Bundeswehrgeneräle einstellen und bezahlen.

Ein schlanker Staat, eine schlanke Verfassung. Und das neue Grundgesetz beschränkt sich auf einen entscheidenden Satz: "Wer sich nicht rechnet, wird abgerechnet."

Und der Wähler ist endlich raus aus dem Spiel. Was der sich im letzten September zusammengewählt hat, war doch eine einzige Katastrophe. Tausende von seriösen Demoskopen hat er um ihren guten Ruf gebracht.

Wozu werden eigentlich jede Woche hunderte von Containersendungen, Karl-Moik-Abenden und andere Dumpfbackensendungen produziert, wenn der Wähler immer noch selber denkt?

Helden 3

Um dieser Gefahr vorzubeugen und einen erneuten Rückfall des Wählers in diese Wähler-Chaotik zu verhindern, schlägt eine neutrale Expertenkommission – unterstützt von der Friede-Springer-Stiftung – vor,

das Wahlrecht für zwei Wahlperioden auszusetzen. In diesen acht Jahren kann das Land ohne störende Einflüsse des Wählers regiert werden. Danach finden Probeabstimmungen statt. Und wenn das Probewahl-ergebnis nicht mehr als ein Prozent von der Vorhersage des Forsa-Institutes abweicht, darf der Wähler wieder an die Urne. Andernfalls wird seine Stimme endgültig in einer Urne beigesetzt.

Die Großstadt von morgen

Tun Sie mit mir einen Blick in die Zukunft, in die funktionsgerechte Großstadt von morgen.

Die Großstadt von morgen ist die konsequente Weiterentwicklung der Großstadt von heute. Bereits im letzten Jahrhundert hat man die Bevölkerung aus den Zentren der Großstädte vertrieben. Dann hat man große Parkhäuser gebaut, damit wir wieder reinkommen zum Einkaufen. Und wir sind wieder gekommen und kaufen ein. Am Anfang des Neuen Jahrtausends hat man das Leben endgültig auf die verschiedenen Stadtteile aufgeteilt:

Kaufen im Zentrum
Schlafen am Rande
Arbeit im Norden
Sterben im Westen
Lachen in der Altstadt.

Im Kernrandgebiet liegt das Brutviertel der Stadt. Hier werden die zur Rentenfinanzierung noch notwendigen Kinder erzeugt und aufgezogen. Von sogenannten "Maximalbrütern". Maximalbrüter sind hauptberufliche Eltern, die jeweils nach einer Ausbildung von drei Jahren ihre Tätigkeit als "Aufzuchtsfachleute mit Diplom" aufnehmen. Ihre Qualität liegt weit über der Güte heutiger Eltern, da sie für den Job relativ gut entlohnt werden. Werde Elternteil! Ein Beruf mit Zukunft! Später Aufstieg zum Großvater möglich.

Das daraus hervorgehende Kinderviertel ist natürlich hermetisch abgeriegelt von allen anderen Stadtvierteln und autofrei gehalten. Damit kein Kind überfahren werden kann. Dazu ist doch zuviel in die Kinder investiert worden.

Auf zehn Kinder kommt dann jeweils eine Tobewiese. Kinderbesichtigung durch die restliche Bevölkerung Sonntags von zehn bis zwölf Uhr. "Bitte von der Fütterung mit Bonbons abzusehen!".

Die kinderfreie, dafür arbeitende, Bevölkerung wohnt im Single-Aktiv-Viertel auf der entgegengesetzten Seite des Kernrandgebiets. In maximalen Selbstverwirklichungs-Nasszellen wohnt hier der Single-Mann und die Single-Frau. Sexwiesen und Kontaktbänke laden zur problemlosen Zärtlichkeitsabwicklung und Lustmaximierung ein. Erotischer Input am Abend, Produktivitätsoutput am nächsten Morgen. Und um

20 Uhr können Sie bereits wieder allein vor dem Fernseher sitzen. Und kein Mensch beschädigt Ihre Möbel.

Für Herzlichkeit und Humor steht das McDonald-Fußgängerviertel zur Verfügung. In den letzten Fachwerkhäuser der Stadt warten über eine Million Hamburger mit Ketchup und Musik auf den Menschen von heute, der nach morgen lebt. "Mach mit! Beiß zu!" heißt hier die fröhliche Devise.

Das Arbeitsviertel ist unter die Erde verlegt worden, damit der Mensch an der Oberfläche den Humor nicht verliert.

Am Waldrand im Norden: Das Altenviertel. Und anschließend die Friedhöfe. Praktisch nur ein Katzen-sprung.

Der industrielle und soziale Müll wird gesondert gelagert.

Die Stadtplaner sorgen durch gezielte Hochhäuser für die notwendige Kriminalitätsrate im Kerngebiet.

Die Ärzte sorgen mit ihrer Tätigkeit für die Belegung der privaten Klinikzentren. Und die Schaffung immer neuer Slums sorgt für 100 % Belegung der privatisierten Gefängnisse.

Und dort drüben ist ein ganzer Stadtteil umgekippt. So nennt man das, wenn sich die Bürger eines Stadtteils alle gegenseitig erschlagen haben. Sie suchten Kontakt. Und es ging eben nur noch mit Gewalt.

Wir wünschen eine schöne Stadtrundfahrt!

Helmut Ruge lebt und arbeitet als Kabarettist in München. Die beim isw-Forum vorgetragenen und hier abgedruckten Texte sind dem Programm "Hopp oder Topp – die Nacht des Dr. Blatschinger" entnommen.

Conrad Schuhler

Den Neoliberalismus überwinden – Fragen, Antworten, Fragen

Das 14. isw-Forum hat in Referaten und Diskussionsbeiträgen wichtige Fragen aufgeworfen, denen in Publikationen und Veranstaltungen des isw weiter nachgegangen werden soll. Zu diesen Fragen gehören vor allem:

1. Alternativen im Rahmen des Kapitalismus – oder brauchen wir eine sozialistische Transformation von Wirtschaft (Akkumulationsregime) und Gesellschaft (soziales Regulationssystem)?

Es herrschte Einigkeit darüber, dass mit einer sozialistischen Transformation als Folge einer aus dem Kapitalismus selbst hervor getriebenen Dynamik nicht zu rechnen ist ("allmähliches Hinüberwachsen"). Diese Vorstellung, die in der "Goldenen Zeit" des Kapitalismus, in der Phase des "Sozialstaats" auch auf der Linken viele Anhänger hatte, wird von der Realität des neoliberalen, global agierenden Kapitalismus widerlegt. Statt gesellschaftlicher Lenkung wird "der Markt" als Regulator letzter Instanz durchgesetzt. Statt "Sozialpartnerschaft" regiert der Shareholder Value, der Investorenprofit, als zentrale Steuergröße der Unternehmensstrategien. Der "Sozialpartner" ist zum reinen Kostenfaktor degradiert, der möglichst zu minimieren ist. Steuer- und Sozialsysteme stehen unter dem Generalvorbehalt, die "internationalen Wettbewerbsbedingungen" der einheimischen Firmen zu verbessern, was zu einer anhaltenden Verschlechterung der sozialen Standards führt.

Bei Anerkennung dieser Sachlage stehen sich zwei Konzepte anti-neoliberaler Alternativpolitik gegenüber: Das eine plädiert für eine ausreichend große "relative Autonomie der politischen Sphäre", um entscheidende soziale Reformen für die Bevölkerung auch ohne substantielle Eingriffe in die Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse vorzunehmen. Die zweite Position, die auch vom isw vertreten wird, hält dafür, dass es keine stabile "Koexistenz" zwischen einem global agierenden, neoliberal vorgehenden Großkapital einerseits und einer sozialstaatlichen Verfassung der Gesellschaft andererseits geben kann. Die Funktionslogik des neoliberalen Kapitals verlangt einen Staat, der sich als "nationaler Wettbewerbsstaat" aufführt und die Wettbewerbsmaximen des Kapitals zu den seinen macht. Ein wirklicher "Sozialstaat", eine nach den Bedürfnissen der Menschen organisierte Gesellschaft verlangt letzten Endes eine demokratische Kontrolle des Eigentums. Deshalb müssen Alternativen gegen den Neoliberalismus im-

mer einschließen den Kampf um die Wirtschaft selbst, wo Entscheidungen über den Einsatz der Arbeitskraft und die Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums und damit auch über die Grundlage der politischen Macht fallen. Eine konsequente Fortführung dieser Art von Reformen gegen den Neoliberalismus entspricht einer Transformation der Gesellschaft in Richtung Sozialismus.

Wenn die Rede ist von substantiellen Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse im Laufe des Transformationsprozesses, so kann es dabei in den überschaubaren ersten Etappen nicht um eine "flächendeckende Enteignung" gehen, sondern um den Versuch, die Bestimmungsfreiheit der Eigentümer im Interesse der Gesellschaft zu begrenzen. Grenzen des Eigentums werden schon heute durch die Rechtsordnung gezogen, wenn auch eben nicht in der für Menschen und Umwelt nötigen Qualität. Oskar Lafontaine hat diesen Sachverhalt im Auge, wenn er sagt: "Wichtig ist nicht, wem die Produktionsmittel gehören, sondern wer die Regeln aufstellt, an die sich die Eigner zu halten haben." Mit der Leugnung der Bedeutung der Eigentumsfrage ("Wichtig ist nicht...") liegt Lafontaine aber gleich zweimal daneben. Denn erstens besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Eigentum an Produktionsmitteln und den Regeln, "an die sich die Eigner zu halten haben". Die Eigentümer bestimmen wesentlich über die Entstehung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, womit sie gleichzeitig über wesentliche Quellen der politischen Macht verfügen. Das primäre Merkmal der herrschenden Klasse lautet: Eigentum und daraus entspringende Verfügungsgewalt über Wirtschaft und Gesellschaft. Als Minister musste Lafontaine diese Erfahrung in der Praxis machen. Als er begann, auf tiefere Regeländerungen zu drängen, wurde er systematisch demonstriert und sah sich schließlich zur Flucht aus Regierung und Parteiamt getrieben.

Und zweitens stellt sich die Frage: Wie weit lässt eine existierende Produktionsweise (und lassen deren Träger) Regulierungen zu, die ihrer aktuellen Logik fundamental widersprechen? Solche fundamentalen neuen Regeln sind substantielle Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, es handelt sich dabei keineswegs um Reformen "unterhalb" der Eigentumsfrage. Natürlich gibt es auch Reformen, die nicht fundamental sind, und es ist auch anzuerkennen, dass es in Einzelfällen Angrenzungsprobleme (was ist "systemverträglich", was nicht) geben kann und gibt. Aber die Forderungen der Linken zur Überwindung des Neoliberalismus

ralismus haben allesamt diesen fundamentalen Charakter. Durchzusetzen, dass ein Unternehmen gleichermaßen den Eigentümern, der Belegschaft, der Standort-Gemeinde und der Standort-Gesellschaft wie auch den "Partnern" außerhalb Deutschlands verpflichtet zu sein hat, impliziert einen tiefen Eingriff in die Eigentumsverhältnisse und wird die ganze, heute noch überragende Macht des global agierenden Kapitals und seiner Propagandamaschinen auf den Plan rufen.

Warum wollen manche Linken die Eigentumsfrage so gering veranschlagen? Bei einigen trifft man auf die naive Vorstellung, man könne das große Kapital damit ruhig stellen, wolle keine schlafenden Hunde wecken. Die Gegenseite schläft aber nicht, sie reagiert, wie sie jetzt wieder mit dem Kesseltreiben gegen die ihr nicht marktradikal genug vorgehende schwarz-rote Regierung demonstriert, höchst empfindlich und mit großer Wucht. Natürlich begreift das große Kapital, dass es bei fundamentalen Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse um seine wirtschaftlich-politische Herrschaft geht.

Ist die herrschende Klasse mit dem Herunterspielen der Eigentumsfrage nicht zu täuschen, so aber womöglich das eigene Lager, das bis heute bloß ein weithin potenzielles ist. Dieses wird in der Kernfrage desorientiert bzw. in seinem "ökonomischen Alphabetismus" belassen. Zu meinen, man solle doch bei der Mobilisierung des antineoliberalen Lagers mit der Eigentumsfrage vorgelagerten Themen und Reformen anfangen, weil die Menschen so eher in Gang zu bringen wären, ist ein Trugschluss. Man kann kein Problem lösen, wenn man die Ursache verschweigt und die gesellschaftliche Kraft nicht benennt, gegen die man sich durchsetzen muss.

2. Wirtschaftspolitische Reformen im Kapitalismus – bleibt nur der Keynesische Ausweg?

In der Diskussion wurde vorgetragen, als wirtschaftliche Theorien und entsprechende Wirtschaftspolitiken im Rahmen des Kapitalismus gäbe es nun mal nur zwei Konzepte: entweder die Neoklassik, heute in Form des Neoliberalismus, oder der Keynesianismus. Wer den Neoliberalismus nicht wolle, habe keine andere Wahl, als zum Keynesianismus überzugehen.

Diese Position wurde fast einhellig abgelehnt. Zu den wesentlichen Einwänden auch gegen den sog. Post- und Linkskeynesianismus gehören:

- Sein Bezugspunkt ist der Binnenmarkt, der aber im Zuge der Globalisierung immer mehr an Bedeutung verliert. Mit national beschränkten Vorgaben ist das globale Kapital nicht mehr "zu zähmen".
- Er ist, da auf die Steuerung der quantitativen Nachfrage konzentriert, strukturpolitisch blind. Heute aber müssen Strukturfragen im Vordergrund stehen,

nicht solche des bloß quantitativen Wachstums. Dazu gehört die Orientierung von Investitions- und Konsumgütern an ihrem Gebrauchswert und nicht an einer bloßen "Marktgängigkeit".

- Er hat keinen Begriff von den im Akkumulationsregime angelegten Triebkräften zur Überakkumulation. Dass die kapitalistische Konkurrenz die Erringung von Kostenvorteilen gegenüber den Konkurrenten bedingt, muss aber stets zu "Enttäuschungen" der Verlierer am Markt führen, deren Produktwerte nicht realisiert werden können. Davon hat der Keynesianismus keine Ahnung. Er ist insofern auch als Krisentheorie nicht tauglich.

- Da er nur eine Preis-, aber keine Wertebene kennt, versteht bzw. thematisiert er auch nicht den Gegensatz von Kapital und Arbeit. Profit ist die Aneignung des von den Beschäftigten erstellten Mehrwerts durch den Kapitalisten. Für Keynesianer ist größere Verteilungsgerechtigkeit vor allem eine Frage der Nachfragebelebung und der Abschöpfung "überschüssigen" Kapitals. Es geht aber v.a. auch um die grundsätzliche Aufhebung der "Entfremdung" der Arbeit, der Unterwerfung der Arbeit unter das kapitalistische Profitregime.

In diesen Einwänden zeigt sich schon, dass die Suggestivformel: "Entweder Keynesianismus oder gar keine Alternative zum Neoliberalismus" falsch ist. Denn wenn der Keynesianismus die einzige Alternative sein soll, aber, siehe oben, gezeigt werden kann, dass er nicht funktioniert, dann wäre der Neoliberalismus im Rahmen des Kapitalismus logischerweise alternativlos. Die Antwort liegt in einer Kombination der Marxschen und der Keynesischen Konzepte. Während die Post-Keynesianer wichtige Vorschläge zur Beschäftigung und zur Einkommensverteilung vorlegen, können von den Marxisten weitergehende Alternativen zur demokratischen Kontrolle des Eigentums und zur Neuverteilung der politischen Macht ausgehen. Zu ergänzen wäre diese Marx-Keynes-Kombination durch eine Position, die einer ressourcenschonenden, schadstoffarmen und gebrauchswertorientierten Produktion das Wort redet.

In diesem Zusammenhang tauchte, unter Verweis auf die USA, auch die Frage auf, ob der Neoliberalismus nicht längst von einem Rechtskeynesianismus als "mainstream" abgelöst worden sei. Eine solche Position findet keine Unterstützung in der Realität. Auch in den USA triumphiert der Neoliberalismus – wenn auch unter anderem Namen, z.B. radikale Marktpolitik. Alle gesellschaftlichen Bereiche sollen unter das Diktat des "Marktes" gestellt werden, die Innen- und Sozialpolitik haben der Wettbewerbsfähigkeit der US-Firmen zu dienen. Dass die USA dennoch über ein großes Haushaltsdefizit ("deficit spending") verfügen, ist ihrer Sonderrolle als "Führer" der kapitalistischen Welt geschuldet. Von allen Einzelhaushalten wächst nur der Rüstungshaushalt signifikant, die Sozialhaushalte werden gesenkt. Das Gesamtdefizit wird durch Kapitalimport aus dem Ausland gedeckt, das so seine

Handelsüberschüsse über den US-Markt realisieren kann. Diese Kapitalimporte ermöglichen auch die Verschuldung von Unternehmen und Privathaushalten. Die USA sind ein Sonderfall, wo staatliche Defizitpolitik und hoher Privatkonsum – beide aus dem Ausland finanziert – zusammengehen mit radikaler Marktpolitik, mit Neoliberalismus.

3. Was ist der Globalisierung des Kapitals entgegen zu setzen?

Der Niedergang von Keynesianismus und Sozialstaat ist v.a. auch auf die "Exit Option" des global agierenden Kapitals zurück zu führen. Die Entwicklung der Informations- und Transporttechnologie setzte das Kapital instand, die Elemente seiner globalen Wertschöpfungsketten auf die kostengünstigsten Standorte zu verteilen. Mit dieser Option im Rücken konnten sie "Sozialpartner" und Staat zum Parieren zwingen. Jede fundamentale Änderung gegen den Neoliberalismus setzt also einmal die Einschränkung der "Exit Option" und zum anderen ein internationales Regelungssystem des globalen Kapitals voraus.

Im Inland handelt es sich um eine Kernaufgabe für den zu entwickelnden "antineoliberalen Block", international stellt sich die Frage, wer auf dieser Ebene das politische Subjekt sein könnte. Im Forum herrschte völlige Anerkennung der überragenden Bedeutung der internationalen Dimension, der notwendigen Vernetzung der globalen Abwehrkämpfe. Doch scheinen wir noch weit entfernt von einer zwingenden Konzeption dieser internationalen Kooperation. Wie z.B. sind die Konflikte der Entwicklungs- und Schwellenländer gegen die Industrieländer im Rahmen der WTO mit dem Kampf der Sozialforen, der Gewerkschaften, der NGOs etc. zu koordinieren? Die Schrittfolge: im eigenen Land an den internationalen Fragen ansetzen, in der EU länderübergreifend für eine soziale Variante eintreten, den weltweiten Austausch der Linken intensivieren, scheint realistisch, wenn auch in der konkreten Ausformung unbefriedigend.

Nun könnte man erwägen: Wenn der alte Sozialstaat keynesianischer Prägung vor allem an der Globalisierung scheiterte, dann könnte er doch dann, wenn ein internationales Regelungssystem vorherrscht, im internationalen Rahmen wieder in Funktion treten. Dies übersieht, dass die grundsätzlichen Einwände nach wie vor bestehen bleiben: er ist strukturblind, und globale Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik wird in erster Linie Strukturpolitik sein müssen; und er blendet Akkumulationsdynamik und damit die "gesetzliche" Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wie auch die Fragen der Wertschöpfung komplett aus, aber eben dieses – ein möglichst krisenfreies, gebrauchswertorientiertes Wachstum für die Millionen und Milliarden Bedürftigen – wird die Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein.

4. Gibt es überhaupt eine Hegemonie des Neoliberalismus oder Wo bleiben die Gewerkschaften?

Detlef Hensche stellte die These auf, der Neoliberalismus verfüge in Deutschland über keine Hegemonie, nur 20 Prozent der "Gewinner" seien auf seiner Seite, der große Rest trete nach wie vor für Grundelemente des Sozialstaates ein. Auch verfügten die Gewerkschaften unverändert über ihre Handlungsfähigkeit. Die Frage sei, warum sie ihr Potenzial nicht ausreizten.

Entgegen gehalten wurde: Wieso stimmen dann 90 Prozent der Wähler für Parteien, die eindeutig die Rezepte des Neoliberalismus vertreten? Soziologisch allgemeiner: Hegemonie bedeutet nicht, dass eine große Mehrheit sich aktiv zu einer Ideologie bekennt, sondern dass sie keine Alternative zur herrschenden Politik sieht. Die behauptete und akzeptierte Alternativlosigkeit ist das eigentliche Moment der heutigen Hegemonie des Neoliberalismus, neben der aktiven Identifizierung der Funktions- und Medieneliten.

Warum nutzen die Gewerkschaften nicht ihr Potenzial? Es wurde die Nähe der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führungen auf allen Ebenen genannt. Gewerkschaftliche Interessenpolitik hätte in den letzten Jahren immer auch Politik gegen die SPD sein müssen. Es ist aber auch ein prinzipieller Hinweis vonnöten: Viele Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte haben in den letzten Jahren eine Politik des "Co-Managements" beim Sozialabbau betrieben nach dem Motto: Wir beißen in die sauren Äpfel, der Rest unserer (Kern-)Belegschaften gehört dann mit zu den Siegern im globalen Wettbewerb. Diese Politik des Mitmachens beim Fitmachen für den globalen Wettbewerb hat sich auf staatlicher wie auf betrieblicher Ebene als fatal erwiesen. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, in den Gewerkschaften und Betrieben eine grundsätzliche Diskussion zu führen über "Partnerschaft" mit dem globalen Kapital oder aber Widerstand gegen die neoliberale Logik auf allen Ebenen. Diese Diskussion steht im Zentrum der Aufgabe, einen Block gegen den Neoliberalismus zu entwickeln.

5. Welche Theorie brauchen wir für die praktischen Aufgaben? Die Theorie der sozialen Mobilisierung

Wie bei jeder solcher Art Konferenzen gab es die Kontroverse zwischen den "Praktikern", die forderten, jede Theorie müsse zu sofort verwertbaren Anleitungen für die aktuelle Praxis führen, wovon manche Beiträge aber weit entfernt seien; und den "Theoretikern", die eine Praxis, die ohne prinzipielle Klarheit in theoretischen Grundfragen stattfindet, für höchst fragwürdig hielten, was man ja auch an der Realität der politischen Praxis ablesen könne. Ein solches Aufeinanderprallen kann fruchtbar sein, wenn die "Prak-

tiker" eingestehen, dass sie im Grunde nach weitreichenden theoretischen Orientierungen ja dringend suchen, und die "Theoretiker" verstehen, dass die "Praktiker" oft gar nicht anders können, als sich in ihren konkreten Konflikten an "Theorien mittlerer (oder auch ganz kurzer) Reichweite" zu orientieren und dass der klare "Klassenstandpunkt" oft helfen kann, wo eine komplexe Theorie noch fehlt. Der gegenseitige Respekt in dieser Frage ist noch verbesserungsfähig.

Klar geworden aber ist, dass das theoretische Bedürfnis sich jetzt richtet auf eine "Theorie des Wandels". Die Linke leistet eine präzise, einsichtige Analyse der Misere des Neoliberalismus. Sie hat Vorstellungen einer menschlichen Alternative. Aber das "Verbindungsglied", wie komme ich von hier nach da, fehlt zum großen Teil. Nötig wäre eine "Theorie der sozialen Mobilisierung", die klar die objektiven Träger des Wandels benennt **und** wie man sie in Gang setzt. Dabei wird es nicht nur, wie vorgeschlagen, um eine "ökonomische Alphabetisierungskampagne" gehen, sondern auch darum, sich mit neoliberalen und immobilisierenden Argumenten in der Arbeiter- und der globalisierungskritischen Bewegung auseinander zu setzen und die "strategischen" Punkte der Auseinandersetzung zu finden, die von der konkreten Sache zum grundsätzlichen Konflikt vorstoßen.

*Conrad Schuhler (München)
ist Mitarbeiter des isw.*